

# Der Textil-Arbeiter

Vereint seid Ihr nichts,  
Vereinzelt seid Ihr nichts.

Organ zur Wahrung der Interessen aller in der Textilbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Publikationsorgan des Zentralverbandes Deutscher Textilarbeiter (Sitz Berlin O. 27, Andreasstraße 61, l. r. Telefon: Berlin, Amt 7, Nr. 1076.)  
Hauptkassierer: Otto Jehms, Berlin O. 27, Andreasstraße 61, l. r., an den alle Geldsendungen — stets unter Angabe ihrer Bestimmung — zu richten sind  
und der Zentral-Aranten- und Begräbniskasse für Textilarbeiter und Arbeiter anderer Berufe beiderlei Geschlechts (E. S. 12, Sitz Chemnitz).

Wöchentlich erscheint eine Ausgabe. Vierteljährlicher Bezugspreis durch die Expedition 60 Pfg., durch unsere Filialen und durch die Post 75 Pfg., durch erstere und den Briefträger ins Haus geliefert 90 Pfg. —  
Verlags- und Besammlungsanzeigen 15 Pfg., Geschäftsanzeigen 50 Pfg. die dreispaltige Zeile. Mitteilungen und Anzeigen müssen für die stets Mittwoch zum Versand kommende Ausgabe bis Montag 12 Uhr  
in den Händen des Herrn Albin Reichelt, Chemnitz, Uferstraße 14, sein, an welchen auch die Bezugsgebühren zu senden sind. — Telefon: Nr. 4102.

Nr. 34. Auflage 90 000 Chemnitz, Freitag den 24. August 1906. Auflage 90 000 18. Jahrgang.

Differenzen bestehen zwischen Unternehmern und Webern und Weberinnen in Ahegdt, in Rottmar (Bagatell, Langenberg & Weil), in Rottmar, Sommerfeld, Forst, Gaben, Betschau, Pöhl, Spremberg, Sorau, Finsterwalde, Seltersdorf, Jittau, Lambrecht, Spinnereiarbeitern in Ebersbach in Sachsen (Hermann Wünschel Erben), Pöfamentierern in Ebersfeld-Barmen, Offenbach a. M., Webern, Spinnern, Spulereinen in Rheine (Reymberg & Schem), Waltersdorf b. Großschdau (Lange), Lumpfpressen in Wachen, Baumwollspinnern, Baumwollwebern und Weberinnen in Wierfen (Baumwollspinnerei und Weber), in Augsburg (Fischelbach), Tuchwebern in Schwab bei Erding, Flachspinnern in Sudau, Bezirk Vögnitz, Appreturarbeitern in Wachen, Webern und Spinnern in Blainbach, Händelung und Oberdorf, Sonthofen (Wachmann), Textilarbeitern aller Art in Custrichen, im Wieselthal (insbesondere Weber und Spinnerei in Maulburg und Steinen), in Lambrecht, in Göttingen, Neumünster (Chr. Fr. Köster), Sellern und Kiepschlägen in Bockstedt bei Hamburg (Hanseatische Tauwerk-Fabrik), Textilarbeitern aller Art in Elmshorn, St. Ingbert (Mechanische Weber, Bleicher und Färberei, G. m. b. H.), Färberei in Warendorf, Handstickern in Götting, Wandstickern in Ronndorf (Aronner), Möbelstoffwebern in Wahren (Dahl & Hunsche), Seidenwebern in Hünningen (C. Uhde), Teppichwebern in Stralau-Kummelsburg (M. Progen & Sohn), Jutearbeiter aller Art in Sandhofen bei Mannheim (Süddeutsche Juteindustrie, Akt.-Ges., Mannheim-Waldhof), Weberei in Duisburg (Gebr. Schulz, Buntweber), Maschinenwebern in Frankfurt-Oriensheim (Wachstfabrik), Zeugdruckern und Moquettewebern in Aresfeld, Reinenwebern in Donabrid (Albert Terberger).

In Landeshut in Schlessen wird eine Bewegung zwecks Erreichung einer Arbeitszeitverkürzung vorbereitet, weshalb auch nach dort jeder Zugang zu unterlassen ist.

## Partei und Gewerkschaften.

Im Februar dieses Jahres tagte in Berlin eine Konferenz der Vorstände der Zentralgewerkschaften, in der auch das Verhältnis derselben zu der sozialdemokratischen Partei oder das dieser zu den Gewerkschaften erörtert wurde. Das geschah auf einen Antrag hin, den der Vertreter des Seemanns-Verbandes, Genosse Müller, gestellt hatte.

Die Generalkommission mußte wohl dem Antrage Folge geben, und die Konferenz selbst hielt wohl eine Aussprache über den Gegenstand von Nutzen, wenigstens für die Gewerkschaften, sonst hätten sie es abgelehnt, ihn zu behandeln.

Wie nützlich es war, die Frage Partei und Gewerkschaft innerhalb des begrenzten Kreises von Mitgliedern der Zentralvorstände zu erörtern, hat jedem Teilnehmer an dieser Konferenz die Erörterung selbst gezeigt. Die Gewerkschaftsvertreter — auch die Journalisten, die hinzugezogen worden waren — wurden dadurch aufgeklärt, in Zukunft die Gewerkschaften gegen Angriffe von Parteivertretern mehr als bis dahin zu schützen.

Dah solche Angriffe erfolglos waren, wird von keiner Seite bestritten; seitens der Parteipresse, die jetzt die Berliner Verhandlungen bespricht, wird nur eingewandt, daß alle diese Angriffe garrichtig so böse gemeint waren, wie sie von den Gewerkschaftsvertretern ausgeht wurden.

Das mag schon sein. Aber was auf der fraglichen Konferenz von den Gewerkschaften gegen gewisse Parteigenossen und Parteizeitungen gesagt wurde, war auch nicht böse gemeint, was gewiß ebenso gläubhaft ist, wie daß die Angriffe auf die Gewerkschaften durchaus harmloser Natur und nur von dem Bestreben diktiert gewesen seien, die Gewerkschaften mit der Partei wieder in engere Fühlung und in Harmonie zu bringen, denn die Gewerkschaften befanden sich ja in der Abwehr, die Parteiliste aber im Angriff.

Es nimmt sich daher auch recht sonderbar aus, daß einige Parteiblätter jetzt die Ansicht aussprechen, die Zentralvorstände hätten allen Grund gehabt, die Freigabe des Konferenzprotokolls zu verweigern. Uns scheint vielmehr, der Parteivorstand hätte keinen Grund, die Freigabe zu verlangen und das Protokoll trotz des Widerspruchs der Zentralvorstände zu veröffentlichen; denn gegen die Partei als solche hat sich ja gar kein Redner gewandt, und was die kritischsten Äußerungen einzelner Genossen oder Blätter anlangt, so werden sie von der Partei nicht voll und ganz vertreten werden können; geschieht dies doch, so wird die von der Partei angeblich gesuchte Verständigung mit den Gewerkschaften kaum gefördert werden.

Gegen die Partei als solche ist man auf der Konferenz nur in der Frage des politischen Massenstreiks aufgetreten. Und daran ist die Partei schuld. Der „Vorwärts“ behauptet zwar das Gegenteil. Er meint, es sei ein völlig unhaltbarer Zustand, daß die Partei als solche die Freigabe des Protokolls eines Gewerkschafts-Kongresses zu verweigern und die Freigabe eines grundverstehtene Stellung einnehmen. Und die Schuld daran nicht er dem Gewerkschafts-Kongress bei; dieser hätte wohl über die Frage diskutieren können, aber keinen Beschluß fassen dürfen — mit Rücksicht auf den Parteitag, der bevorstand. Der „Vorwärts“ tadelt es aber nicht, daß der Parteitag eine Resolution an-

nahm, die der vom Gewerkschafts-Kongress angenommenen diametral gegenübersteht. Der „Vorwärts“ sagt, mit der Resolution des Gewerkschafts-Kongresses sollte dem Parteitag eine Direktive gegeben werden, und das sei zu tabeln. Er tadelt aber nicht, daß der Parteitag trotz der ablehnenden Haltung des Gewerkschafts-Kongresses zur Frage des politischen Massenstreiks eine Resolution zu Gunsten desselben annahm, obwohl sich also die Vertreter der Gewerkschaften gegen ihn erklärt hatten. Wollte der Parteitag nicht Gefahr laufen, zu einem anderen Rat zu kommen, als der Gewerkschafts-Kongress, so mußte er von der Annahme einer Resolution absehen und es bei einer Aussprache solange bewenden lassen, bis die Gewerkschaften ihre Ansichten über den politischen Massenstreik geändert haben würden, denn zum Gelingen des politischen Massenstreiks bedarf es nun einmal auch der Gewerkschaften, wie ja auch der „Vorwärts“ zugibt. Den vom „Vorwärts“ mit Recht beklagten völlig unhaltbaren Zustand hat also nicht der Gewerkschafts-Kongress, sondern der Parteitag verschuldet. Gewiß hätte der Gewerkschafts-Kongress keine Resolution zum Massenstreik anzunehmen brauchen, aber nachdem es einmal geschehen war, durfte der Parteitag keine dieser Resolution entgegenstehende Resolution annehmen.

Wir stimmen aber der Schlussfolgerung des „Vorwärts“ bei, welche lautet:

Wir hegen nach alledem die Zuversicht, daß die Gewerkschafts-Genossen, die doch auf der Konferenz so oft versichert, daß ihnen die Eintracht und das gute Einvernehmen zwischen Partei und Gewerkschaften warm am Herzen liege, nach der inzwischen erfolgten Zerstreung unbegründeter Besorgnisse und bedauerlicher Mißverständnisse in Mannheim die Konsequenzen aus der veränderten Situation ziehen werden!

Das wird den Gewerkschafts-Genossen umso leichter werden, als es sich, wie der „Vorwärts“ ganz richtig behaupten dürfte, in Köln vornehmlich um die Bekämpfung der anarcho-sozialistischen Generalkonzepts, die auf eine Umwälzung der ganzen gewerkschaftlichen Taktik abzielte, weniger aber um die Bekämpfung des politischen Massenstreiks handelte, für den sich die Partei übrigens auch erst seit kurzem erwärmt. Warum sollten die Gewerkschaften nicht auch geschwind ihre Ansichten ändern können, zumal sie in ungewohnt häßlicher Weise jetzt darum ersucht werden?!

## Die Zweistuhlbedienung in Berviers.

Man schreibt uns aus Aachen:

Der Kampf in Berviers (Belgien) gegen das Zweistuhlsystem ist umso bemerkenswerter, als im Aachener Bezirk genau ebensolche Ware auf ebensolchen Maschinen hergestellt wird wie dort. Bekanntlich haben die Führer des Christlichen Textilarbeiterverbandes in Aachen nicht nur den Kampf gegen das die Weberschaft aufs schwerste schädigende System aufgegeben, sondern man ist auch seit einigen Monaten auf dieser Seite bestrebt, den Aachener Webern das Bedienen von zwei Stühlen aufs wärmste zu empfehlen. Es soll sogar, wie uns versichert wird, in einem in der Nähe gelegenen Orte der agitierende Dorfpfarrer seine „technischen Kenntnisse“ das Zweistuhlsystem als Rettung gegen die zurückgehende (?) Industrie im Aachener Bezirk offen gepriesen haben. Allerdings haben die Bemühungen dieser „Arbeiterfreunde“ noch keinen Erfolg gehabt, und der Ausgang des Kampfes in Berviers bedeutet für die Befürworter des Zweistuhls im Aachener Bezirk eine schmachvolle Blamage.

Mitte der neunziger Jahre wurde das Zweistuhlsystem in Berviers, gegen den Willen der dortigen Weber, eingeführt. Die Arbeiter kämpften bis zum Weißbluten gegen diese Weberschickel, aber leider unterlagen sie in diesem Kampfe. Die Organisation der Weber wurde vollständig vernichtet. Aber trotz dieser Niederlage verlor ein Teil der Weber nicht den Mut, und nach einiger Zeit sehen wir den Allgemeinen Weberverband des Besdretales wieder neu aufstehen und erstarken und den Kampf gegen das Zweistuhlsystem wieder aufnehmen.

Vor uns liegt ein Flugblatt aus dem Jahre 1897, welches so recht die Stimmung der dortigen Weber widerspiegelt. Der Vorstand des Christlich-Sozialen Textilarbeiterverbandes (damals noch Lokalverband) sandte im Jahre 1890 an die Aachener lokale Presse eine Zeitschrift, worin auch dieses Flugblatt teilweise enthalten war. Es heißt darin: „Die dortigen Fälle sind von tiefster Art, daß es sich lohnt, darauf zurückzukommen. In einem Flugblatt, das von dem dortigen Verbande der Weber für Berviers und Umgegend bei Gelegenheit eines Kampfes zur Abschaffung des Zweistuhlsystems herausgegeben wurde, heißt es:

Kameraden! Es war gegen 1894, als die Fabrikanten von Berviers sahen, daß die Arbeiter sich vereinigten und zu einer Vereinigung, welcher beinahe alle Weber angehörten und mit denen die Fabrikanten dann rechnen mußten. Deshalb be-

schlossen die Fabrikanten, gemeinschaftlich vorzugehen und mit allen Mitteln, welche ihnen zu Gebote standen, die Organisation zu unterdrücken. Zu diesem Zwecke stifteten sie den Verein der Arbeit, der Industrie und des Handels, welcher es sich zur Aufgabe machte, das Zweistuhlsystem einzuführen. Sie machten Propaganda mittels Flugblätter, um die Unzufriedenheiten zu fangen. Sie sagten, wie folgt: Im Namen der Industrie, welche auf dem Wege ist, zu Grunde zu gehen und deren Unter- gang wir bald erwarten können, wenn wir kein Mittel ins Werk setzen, schlagen wir vor: das System der Webers mit zwei Stühlen einzuführen, welches uns erlaubt, wiederum unseren Platz auf den auswärtigen Märkten einzunehmen und welches uns eine neue Periode, eine Verbesserung unserer Industrie und die Wohlfahrt der arbeitenden Klassen sichert.“

Die Mitglieder des Fabrikantenverbandes fühlten, daß sie ein gutes (?) Spiel spielten. Sie verdoppelten daher ihre Propaganda durch Flugblätter, die die schönsten Versprechungen enthielten, als: Arbeit im Ueberflusse, Erhöhung der Löhne, weniger Arbeitsstunden. Jeder Bräutigam trage Sorge, daß auf zwei Stühle nur bequeme Arbeit käme. Der Arbeiter hatte also nichts anderes mehr zu tun, als zu denken und zu träumen von seinem irdischen Paradies. Ebenfalls würde man Rechnung tragen, wenn durch dieses Zweistuhlsystem Beschwerlichkeiten wegen des Stopplohnes entstanden.

Seit drei Jahren haben wir schon das Licht, wie die Flugblätter der Fabrikanten es damals nannten, aber was haben wir gesehen? Unsere Voraussetzungen sind in Erfüllung gegangen. Für die Weber auf zwei Stühlen ist der Lohn heruntergegangen um 50 bis 60 Prozent, und es ist durch die Erfahrung festgestellt, daß die Produktion sich wenigstens um ein Viertel vermindert hat, und die Stopplohne sind verdreifacht. Der durch die Fabrikanten versprochene Webersohn von 8 Franks pro Tag ist heruntergegangen bis 2,25 Franks und beträgt höchstens 2,50 Franks, ungefähr 2 Mk. Der physische Druck auf die Arbeiter, welche mit zwei Stühlen arbeiten, ist unglücklich; z. B. junge, starke Leute mit unverwundlicher Gesundheit sind schwächlich oder kränzlich geworden, andere haben Anfälle von Wahnsinn bekommen, wieder andere sind gestorben durch die Aufregung und Aufsehbung der nervenzerstörenden Gespanntheit und Inanspruchnahme aller Kräfte. Während wir Mangel litten, sind die Prinzipale reich geworden. Sie haben nichts respektiert, nicht unsere Gesundheit, noch Familie. Wir geben, so fährt der christliche Einsender fort, die weiteren Ausführungen des Flugblattes, das von den Kollegen in Berviers herausgegeben ist, nicht wieder, es ist uns eine zu starke Sprache, aber sie ist begreiflich für den, der durch Erfahrung gewöhnt wurde. Wirklich eine gute Lehre und Augenweide können wir hier in Aachen aus diesem Notjahre der Bervierser Kollegen ziehen. Also dort wie hier Versprechungen, nur die gangbaren Artikel auf das Zweistuhlsystem zu legen.

Die Bervierser Kollegen sind nun nicht so rasch zu Kreuze gekommen, wie unsere hiesigen „christlichen“ Führer, sondern haben, nach schweren Kämpfen, das Zweistuhlsystem bis auf ein Minimum abgeschafft. Nachdem nun die Aachener „christlichen“ Führer am 5. März d. J. gegen den Willen der gesamten Weberschaft den famosen Vertrag mit den Fabrikanten geschlossen hatten, wonach erstere jeden Widerstand gegen die Einführung des Zweistuhlsystems aufgaben, da schwoll auch den Arbeitgebern in Berviers der Ramm und sie sandten an den Vorstand des Allgemeinen Weberverbandes des Besdretales am 19. Juli d. J. folgende Aufforderung:

„Selbst die Frage der Doppelstühle Gegenstand von Verhandlungen zwischen Vertretern der Arbeitgeber und Arbeiter ist, scheint an die Weber die Lösung ergangen zu sein, dieser Art Arbeit Einhalt zu bieten. Wir haben hierfür den Beweis in den stetig wachsenden Schwierigkeiten der Firmen Zwan Simons und J. und K. Drage, neue Weber für die Doppelstühle zu finden, und in der Tatsache, daß die Zweistuhlweber der Firmen Chatin u. Co. und Dangeux Sohn nach und nach die Arbeit stehen lassen. Wir werden nie zulassen, daß man offen oder auf Umwegen der Industrie von Berviers die Konkurrenzfähigkeit mit dem Auslande schmälere. Wir erlauben Sie daher um eine ausdrückliche Erklärung, daß der Allgemeine Weberverband im Grundsatz dem Zweistuhlsystem nicht feindlich gegenübersteht, und daß er jedes seiner Mitglieder ermächtigt, nach diesem System zu arbeiten. Im Besitze dieser Erklärung werden unsere Fabrikanten zur Ergänzung ihres Personals für das Zweistuhlsystem einen Aufruf an die Arbeiter erlassen, und wenn sich diese nicht in genügender Zahl einstellen, neue Arbeitskräfte im Ausland angeworben. Unser Verband beabsichtigt, die Fabrikanten dabei tatkräftig zu unterstützen, damit die Freiheit der Arbeit nötigenfalls gewahrt werde. Da der von uns geschickten Lage unverzüglich ein Ende gemacht werden muß, bitten wir Sie, uns Ihre Erklärung längstens bis zum 28. Juli zukommen zu lassen.“

Auf diese einzig bestehende Zumutung antwortete der Weberverband wie folgt:

In Beantwortung Ihres Schreibens vom 19. ds. beehren wir uns, Ihnen mitzuteilen, daß unser Zentralverband sich entschieden gegen die Beschuldigung verwehrt, daß an die Weber die Lösung ergangen sei, dem Zweifelhafte System Widerstand zu leisten. Er kann für die Verachtung und Gleichgültigkeit, welche die Allgemeinheit der Weber denen gegenüber bezeugt, die Doppelstühle bedienen, nicht verantwortlich gemacht werden. Wir haben keineswegs die Absicht, die Industrie von Verdienern in ihrer Leistungsfähigkeit der ausländischen Konkurrenz gegenüber zu schwächen. Nur finden wir, daß diese Konkurrenz mehr eine Einbildung ist, und daß, wenn sie wirklich vorhanden sein sollte, das Zweifelhafte System sie sicherlich nicht besiegen würde. Die Geschäftsleitung war niemals stärker als zur Zeit der Ausbreitung des Zweifelhafte Systems, dagegen hat sich seit den drei Jahren, da die Bedienung von zwei Stühlen abgenommen hat, die Lage unseres Plages fortwährend gebessert.

Was die verlangte ausdrückliche Erklärung zu Gunsten des Zweifelhafte Systems betrifft, so bedauern wir, eine Antwort in beabsichtigtem Sinne nicht geben zu können. Täten wir dies, so würden wir die Anschauung der Weber nicht zum Ausdruck bringen. Jedermann weiß, daß von hundert Webern 95 gegen die Doppelstühle sind. Da wir andererseits nicht das Recht haben, jemand an der Arbeit auf Doppelstühlen zu hindern, so geht uns auch die Befugnis ab, ihn zu dieser Arbeit zu ermahnen. Außerdem beweist die Teilnahme unserer Vertreter an den Besprechungen mit den Vertretern der Arbeitgeber, daß wir trotz der fast allgemeinen Gegnerschaft der Weber gegen das Zweifelhafte System aus Rücksichtigkeit und Verschönerlichkeit geneigt wären, eine Regelung für das Webern leichter Waren auf Erzeugnisse zu stellen, auf denen man nur eine bestimmte Zahl von Schichten neben taun, ins Auge zu fassen. Diese Stühle sind nämlich die einzigen, deren Verwendung als Doppelstühle den Arbeitern hinreichende Gewähr vor der Wiederholung von Mißbräuchen bieten könnte, wovon wir leider zu viele Beispiele gesehen haben. Auch könnte man, wie es Ihnen einer von uns vorgeschlagen hat, die Frage prüfen, ob nicht ein besonderer Lohnstarif für diejenigen leichter Stoffe ausgearbeitet wäre, die als geeignet für Doppelstühle gelten.

Hiermit nicht zufrieden, stellte der Arbeitgeberverband nachstehendes Ultimatum:

Trotz der Vermahnungen in Ihrem geehrten Schreiben vom 22. Juli stellen wir mit Bedauern fest, daß noch fortwährend Fälle von Boykottierungen anfänglich der Arbeit auf Doppelstühlen vorkommen. Da wir nun überzeugt sind, daß es in Ihrer Macht liegt, diesen Vorkommnissen durch eine Erklärung ein Ende zu machen, so bestehen wir auf einer solchen. Wir bitten Sie also auszusprechen, daß Sie 1. den Grundsatz des Zweifelhafte Systems annehmen, 2. es Ihren Mitgliedern freistellen, Doppelstühle zu bedienen, 3. jeden Fall von Boykott nach dieser Richtung mißbilligen. Wir halten diese Erklärung bestimmt für geeignet, die Befürchtungen der Weber, die gern auf Doppelstühlen arbeiten möchten, aber sich Böswilligkeiten, wie sie uns gemeldet worden sind, nicht ausliehen wollen, zu beschwichtigen. Da über die Frage schon lange verhandelt wird und verschiedene unserer Fabriken sich gerade in dem Augenblick in ihrem Gange gehindert sehen, wo sie die Aufträge für die nächste Saison erhalten, so ist eine schnelle Entscheidung geboten. Wir sehen uns daher veranlaßt, Sie bis Montag um Antwort zu ersuchen. Dabei wollen wir Ihnen nicht verheimlichen, daß, wenn Sie uns nicht eine Erklärung in obiger Fassung zukommen lassen, unser Vorstand beschloffen hat, sein Ersuchen durch eine Aussperrung zu unterstützen. Es hängt also von Ihnen ab, diese äußerste Maßnahme, sowohl im Interesse der arbeitenden Masse als der Verdienner Industrie, zu vermeiden. Sobald wir im Besitz der erbetenen Erklärung sein werden, wird unser Vorstand die Mittel zur praktischsten Organisation der Zweifelhafte Arbeit prüfen.

In großartig verlaufenen Versammlungen wiesen die Weber das Anstimmeln der Fabrikanten einstimmig zurück, und so kam es am 4. August zur Aussperrung von 2000 Webern, denen sich nach einigen Tagen aus Solidarität der größte Teil der Appreturarbeiters anschloß, sodas die Gesamtzahl der Aussperrten respektive Streikenden 6500 betrug. Ein Einigungsversuch des Oberbürgermeisters führte zu Verhandlungen einer Kommission der Arbeiter mit einer Kommission der Arbeitgeber. Ein Vorschlag der letzteren: versuchsweise Einführung des Zweifelhafte Systems auf die Dauer von 6 Monaten, wurde seitens der Arbeiter mit der Begründung abgelehnt daß der Versuch schon seit zehn Jahren in Verdienern gemacht worden sei. Am 10. August einigte man sich auf folgende Resolution: Eine Kommission hat die Arbeit auf zwei Stühlen zu untersuchen und eine Reklamation bis zum 31. Oktober in Vorschlag zu bringen. Während dieser Zeit können keine neuen Stühle vereinigt werden. Die Arbeit wird wieder aufgenommen, wie sie vor der Aussperrung war.

Am Donnerstag den 16. August wurde in sämtlichen Betrieben die Arbeit wieder aufgenommen. Also eine vollständige Niederlage der Fabrikanten, die um so freudiger zu begrüßen ist, als nun die Nachener Arbeitgeber und mit ihnen die „christlichen“ Führer eine Ausrede weniger haben, nämlich, daß die Konkurrenz die Einführung des Zweifelhafte Systems notwendig mache.

## Von der Lohnbewegung in Neumünster.

Am Donnerstag voriger Woche wurde ein Flugblatt in 6000 Exemplaren in der Stadt verbreitet, welches sich mit der Lohnbewegung bei der Firma Chr. Fr. Köster beschäftigte. Hierauf fand am Freitag den 17. August im „Konventgarten“ eine von 2000 Personen besuchte öffentliche Textilarbeiter- und Arbeiterinnenversammlung statt, mit der Tagesordnung: Die Lohnforderung der Textilarbeiter und Arbeiterinnen der Firma Chr. Köster und Stellungnahme dazu. Der Vorsitzende, Kollege S a g e b o r n, legte den Anwesenden den Sachverhalt klar. Bereits im Frühjahr seien die Arbeiter in dem Betriebe wegen Aufbesserung der Löhne vorstellig geworden. Damals wurde die Kommission, welche die Forderungen unterbreitete, zunächst scharf abgewiesen, nachdem die Weber aber sämtliche Stühle stehen ließen, erklärte die Firma sich bereit, mit der Kommission zu verhandeln, und es wurden dann auch einige Zugeständnisse gemacht. Da seit dieser Zeit keine Lohnaufbesserung stattfand, sahen sich die Arbeiter veranlaßt, wieder mit einer Lohnforderung an die Unternehmer heranzutreten. In letzter Zeit wurde nun den Webern zugemutet, Weberstunden zu machen, sowie des Sonntags Ketten anzuknüpfen. Hierauf sahen sich die Weber veranlaßt, eine Fabrikbesprechung abzuhalten, und es wurde beschloffen, für die Weberstunden einen Lohnzuschlag zu fordern, ferner eine allgemeine Lohnaufbesserung. Dies war nun der Firma, ehe die Kommission vorstellig wurde, hinterbracht worden. Daraufhin wurde ein Mitglied des Fabrikausschusses entlassen. Um nun weitere Entlassungen von Ausschuhmitgliedern vorzubeugen, wurde eine Fabrikbesprechung abgehalten, und die Weberereinstellung des betreffenden Kollegen gefordert. Die Einstellung wurde verweigert. Daraufhin wurde beschloffen, der Firma folgende Forde-

rungen zu unterbreiten: Weber e r 1. Wiedereinstellung des entlassenen Kollegen. 2. Anschaffung von Schuhsohlen. 3. Bis zur Anschaffung von Schuhsohlen eine zehnprozentige Lohn-erhöhung auf sämtliche Arbeiter. 4. Nachdem Schuhsohlen ein-geführt sind, wird ein Lohnstarif ausgearbeitet, der im Wechsal ausgehängt wird. 5. Bei Webarbeit 25 Prozent Zuschlag; es muß eine Tageslohn von 4,50 Mk. garantiert werden. 6. Weberstunden dürfen nicht gemacht werden. 7. Das Warten auf Material, sowie bei Reparaturen wird mit 35 Pf. pro Stunde bezahlt. 8. Das Helfen beim Kettenbäumen wird pro Stück mit 20 Pf. bezahlt oder ein Hilfskammer angestellt. 9. In denjenigen Abteilungen, wo bis jetzt noch keine Ventilation vor-handen ist, soll diese sobald wie möglich beschafft werden, auf Grund § 120 a der Gewerbeordnung. 10. Gleichen Lohn für schnellen und langsamen Gang. 11. Anschaffung von Schuh-wächtern an sämtlichen Stühlen. 12. Bei Verarbeitung von schlechtem Material Tageslohn von 3,50 Mk.; wird ein Weber von seinem Stuhl genommen, um andere Arbeiten zu verrichten, so muß eine Tageslohn von 4,50 Mk. bezahlt werden.

Spinnerei: Abschaffung des Akkordlohnes und Ein-führung von Wochenlohn: a) für Spinnerinnen pro Woche 15 Mk.; b) für Annahmerinnen pro Woche 14 Mk.

Kraher e r: a) für die Vorlegerinnen pro Woche 15 Mk.; b) für die Woller pro Woche 19 Mk.; c) für die Vorleger pro Woche 20 Mk.; d) für die Auspuher pro Woche 21 Mk.; e) für alle übrigen Arbeiter und Arbeiterinnen 1 Mk. Lohnzulage pro Woche.

Diese Forderungen waren der Firma eingereicht und ihr 5 Tage Bedenkzeit gegeben worden. Nach zwei Tagen erhielten die Arbeiter schon Antwort, daß nichts bewilligt würde, es wäre Sache des Fabrikantenvereins.

Hierauf wurde wieder eine Fabrikbesprechung abgehalten und mit allen gegen eine Stimme beschloffen, an den Forderun-gen festzuhalten, sowie den Vorstand zu beauftragen, beim Zen-tralvorstand um die Genehmigung zum Streik nachzusuchen.

Sodann wurde das Verhalten des Webmeisters einer scharfen Kritik unterzogen; derselbe hätte sich folgende Neufor-derungen erlaubt: die Arbeiter hätten bei den Forderungen ver-gessen, daß ihnen ein Sessel zum Webruhl geliefert würde, wenn sie auf den Abort gingen, würden sie auch wohl noch 35 Pf. die Stunde verlangen. Puzlappen und Handseger könnten nicht geliefert werden, denn die könnten mitgenommen werden. Es müßte erst einmal ein Exempel statuiert werden und die Ar-beiter müßten erst einmal ein halbes Jahr hungern, dann würden sie gern Weberstunden machen.

In der Diskussion sprach zunächst der Gauzeiter, Kollege D ö b l e r, seine Verwunderung über die niedrigen Löhne, die gezahlt würden, aus und kritisierte das Verhalten der Unter-nehmerverbände, die erst die Zustimmung geben müßten, wenn Forderungen bewilligt werden sollten. Ferner wies derselbe darauf hin, daß nichts unverlucht bleiben solle, die Sache auf gültlichem Wege zu schlichten; sollte jedoch der Kampf eintreten, dann müßte Ruhe und Besonnenheit bewahrt werden. Nachdem noch mehrere Redner in diesem Sinne gesprochen hatten, ge-langte folgende Resolution einstimmig zur Annahme: „Die am 17. August 1906 im „Konventgarten“ tagende, überaus zahl-reich besuchte öffentliche Textilarbeiter- und Arbeiterinnen-versammlung erklärt sich mit den Forderungen der Arbeiter der Firma Chr. Fr. Köster voll und ganz einverstanden. Sie er-lärt die Forderungen den heutigen Lebensverhältnissen gemäß für minimal und vollberechtigt an. Sie erwartet daher von der betreffenden Firma, daß sie sich mit ihren Arbeitern auf fried-lichem Wege einigt. Die Arbeiterchaft ist gewillt, jeden gang-baren Weg zu beschreiten und erwartet, daß man ihren Wünschen in zufriedenstellenderweise seitens des Unternehmertums ent-gegenkommt. Aber fest entschlossen besteht die Arbeiterchaft auf ihren Forderungen, wenn man versucht, sie brüst abzuweisen. Die Versammelten sprechen den Arbeitern und Arbeiterinnen genannter Firma ihre Sympathie und Klassenbrüderliche Soli-darität aus.“

## Zum Streik der Textilarbeiter in Kolmar.

Der Streik bei den Firmen Herzog, Bagatelle und Lan-zenberg u. Weil dauert unverändert fort. Die in der letzten Woche von der Streikkommission mit der Firma Bagatelle ange-bahnte Verhandlung führte zu keinem Ergebnis, weil die Be-triebsleitung mit der einen Hand nahm, was sie mit der ande-ren gab. Die Streikkommission hatte vor der Verhandlung be-antragt, die Vertreter der Organisation mit zu den Beratungen zuzulassen, weil dadurch die Differenzen eher zu einem endgül-tigen Abschlusse geführt werden könnten. Die Firma lehnte je-doch den Antrag der Deputation scharf ab mit der Begründung, daß sie mit den Organisationen nichts zu tun habe und nur mit ihren Arbeitern verhandeln wolle. Das wurde erklärt, obgleich es der Firma doch bekannt sein muß, daß sie es mit einer ge-schlossenen, organisierten Arbeiterchaft zu tun hat. Ihr muß auch bekannt sein, daß alle diejenigen Fabrikanten, die in der Bewegung schon in Betracht gezogen wurden, die Vertreter der Arbeiterorganisation verlangt haben und die Begleichung der Differenzen dadurch beschleunigt wurde.

Nach der Verhandlung am 10. August nachmittags wurde den Streikenden in einer überfüllten Versammlung das Resul-tat der Verhandlung mitgeteilt. Es stellte sich hier durch das von der Firma überhandte Schriftstück heraus, daß nur auf zwei Artikel, und zwar auf Satin und Musselin, eine 2½ bis 10 pro-zentige Lohnhöhung bewilligt wurde, auf alle anderen Arti-kel einfach garnichts. Durch diese „Bewilligung“ glaubte die Firma das Prämienystem noch in Wegfall bringen zu können. Durch diese „Bewilligung“ von 2½ bis 10 Prozent auf die be-treffenden Artikel unter Wegfall des Prämienystems würden die Streikenden keine Lohnhöhung, sondern eine Lohn r e d u -z i e r u n g bekommen haben. Auf den Keim gehen aber die Streikenden nicht. Auch auf die geforderte Bezahlung der Wartezeiten ließ sich die Firma nicht ein, sondern bewilligte zum ersten Vierteltag an nur 6 Pfennige pro Stunde und Stuhl, während alle übrigen Fabrikanten, die schon „an der Reihe“ waren, 10 Pfennige pro Stunde bewilligten. Schließ-lich verlangte die Firma noch die Zustimmung, daß den „Kol-legen“, die nicht mitstreikten, nach Wiederaufnahme der Arbeit kein „Hindernis“ in den Weg gelegt würde. Wie natü! Nur die- jenigen können als Kollegen betrachtet werden, die begriffen haben, daß nur durch Einigkeit und Solidarität etwas erlangt werden kann. Achtung kann nur gezollt werden, wenn sie ver-dient ist.

Die ledigen Kollegen und Kolleginnen, die am Streik be-teiligt waren, beschloffen, den Kolmarer Staub von den Füßen zu schütteln. Im Laufe der letzten Woche sind bereits etliche abgereist. Bald würde die Firma, wenn sie auf ihrem ab-schenden Standpunkte beharrte, die letzten der besten Arbeits-kräfte aus Kolmar verschwinden sehen.

Bei dem Streik schienen sich auch die Herren Kassenzüge auf die Seite der Unternehmer stellen zu wollen. Am Dienstag den 14. August, nachmittags 3 Uhr, wollte sich eine Frau von

Dr. Hartmann untersuchen lassen, weil sie sich trant schute. Die Sprechstunden sind angelegt von 1 bis 4 Uhr nachmittags. Vor der Untersuchung fragte der Herr: „Wo arbeiten Sie denn?“ Als die Frau erklärte, daß sie in der „Bagatelle“ gearbeitet habe, meinte er: „Wenn Sie ein andermal nicht eher kommen, so werde ich Sie nicht mehr untersuchen!“ Ueberhaupt schien der Herr doch auf die Arbeiter der betroffenen Firma, das heißt auf die Streiker, nicht gut zu sprechen zu sein. Daß er sich da-burch für die nächste Wahl in empfehlende Erinnerung zu bringen glaubt, muß bezweifelt werden.

Die Firma Lanzenberg stand am 9. August vor dem Kol-marer Gewerbegericht. Etliche Stüdnäherinnen klagten gegen die Firma. Sie verlangten Entschädigung, weil sie in der letzten Zeit 2 bis 3 Tage in der Woche aussetzen mußten, ebenso verlangten sie den wegen Kontraktbruchs einbehaltenen Wochen-lohn. Bei den Reklamationen von seiten der Arbeiterinnen wurde von der Betriebsleitung erklärt, sie möchten nur weiter-arbeiten, es läme schon besser. Nach 1¼ stündiger Verhandlung, an der Kollege G e l l aus Mülhausen als Vertreter einer der klagenden Arbeiterinnen teilnahm, wurde folgendes Urteil ver-fällt: Die Klägerinnen werden mit der Forderung auf Ent-schädigung wegen nicht genügender Beschäftigung abgewiesen. Die Firma Lanzenberg u. Weil wird verurteilt, den Klägerin-nen den wegen Kontraktbruchs einbehaltenen Wochenlohn aus-zuzahlen. Die Parteien haben je die Hälfte der Kosten zu tragen.

## Mitteilungen aus Fachreisen.

Spremberg N.-L. In letzter Zeit melden sich Mitglieder, welche erst kurze Zeit der Organisation angehören, wieder ab. Es haben eben sehr viele den Wert der Organisation noch nicht erkannt, weil ein großer Teil der Mitglieder die Versammlun-gen wenig oder garnicht besucht. Viele lesen die Verbands-zeitung nicht, obwohl es ihnen von großem Nutzen wäre. Außerhalb der Versammlungen hört man oft Klagen über die schlechten Verhältnisse in den Betrieben. Diese Klagen gehören in die Versammlung! Glaubt ihr, daß jetzt, wo einige Zu-geständnisse von seiten der Arbeitgeber gemacht worden sind, die Bewegung ihren Abschluß gefunden hat? Das ist nicht der Fall, es ist der Anfang davon. Sind denn die Forderungen, welche in den großen öffentlichen, überfüllten Versammlungen beschloffen wurden, bewilligt worden? Keineswegs. Denn die Zugeständnisse sind so gering, daß man doch sagen darf, es muß noch sehr vieles nachgeholt werden. Ja, es wird behauptet, daß in manchen Betrieben außer der Verkürzung der halbstündigen Arbeitszeit nichts bewilligt worden ist. Aber woran liegt denn das? An den Arbeitern selbst, die zum größten Teile der Sache verständnislos gegenüberstehen. Aber nehmt euch in acht, daß euch durch die Abmeldung aus der Organisation nicht einmal großer Schaden entsteht! Denn die Arbeitgeber haben in der letzten Zeit gelernt, daß nur eine straffe Organisation für sie von Nutzen sein kann; sie schließen sich immer enger zusammen, um die Arbeiter immer mehr ausbeuten zu können. Bei schlech-terem Geschäftsgange werden die Arbeitgeber nichts unversucht lassen, das bei der guten Geschäftskonjunktur Erzeugnisse wie-der rückgängig zu machen, was dann hauptsächlich den nicht-organisierten und denjenigen, welche jetzt der Organisation den Rücken kehren, zuzuschreiben sein wird. Glaubt sicher, die Arbeit-geber sind in allen Dingen gut unterrichtet und wissen ganz ge-nau, ob sie Verbandsmitglieder oder nicht im Betriebe haben. Darum müssen wir immer mehr Mitglieder für die Organisa-tion zu gewinnen suchen, damit wir jeden Sturmangriff ab-wehren können. Denkt an die Vorgänge, welche sich in Sommer-feld, Forst und Betschau abgespielt haben, denkt besonders an die Aufdrängung der neuen Arbeitsordnung! Es wird die Zeit kommen, wo sich auch in Spremberg ernste Kämpfe ab-spielen, denn die Verhältnisse sind danach. Wir lassen nur noch schlechter gestellten Orten den Vorrang, aber an die Reihe kom-men auch wir. Darum ist es notwendig, daß ihr treu zur Orga-nisation haltet, für sie künftighin in den Betrieben agitiert und die Versammlungen besser besucht als bisher! R. G.

## Posamentiererbewegung.

Düsseldorf. Zu der Notiz in Nummer 33 des „Textil-arbeiters“, die Firma Adlers betreffend, ist zu bemerken, daß die Differenzen beigelegt sind. Einem drei Jahre dort beschäftigt gewesenem Kollegen war gekündigt worden mit der Begründung, er habe zu wenig geleistet. Die anderen dort arbeitenden Kollegen sind der Meinung, daß dies nicht zutrifft, sondern die Kündigung stark an Maßregelung grenzt. Das Ganze scheint ein Verstoß des jungen, überstrebenden Werftführers zu sein. Derselbe leistete sich übrigens den Auspruch: „Streik-brecher sind die besten Arbeiter!“ Da der betreffende Kollege bereits anderweitig Stellung bekommen hat, wurde von weiterem abgesehen. Jedenfalls machen wir arbeitssuchende Kollegen wiederholt darauf aufmerksam, daß in Düsseldorf Stellung nur durch unsere Arbeitsnachweise angenommen werden darf. Filiale Düsseldorf.

## Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Die Arbeiterinnen der Firma S. W. Kretschmann jun., mechanische Weberei in Eisenberg, stellten folgende Lohnfor-derungen, die sie am 27. Juli an die betreffende Firma ein-reichten:

1. Den Umstelohn von 12 auf 14 Pf. zu erhöhen;
2. einen einheitlichen Stundenlohn von 18 Pf. pro Stunde, ausgenommen neu Eingestellte bis zu 4 Wochen;
3. für Weberstunden 25 Prozent Lohnzuschlag;
4. den Puhlohn für:  
a) alle Cordes und Schubblätter von 12½ auf 20 Pf. pro Stück;  
b) Ranzenbedel von 20 auf 25 Pf. pro Stück;  
c) Waggonriele von 15 auf 20 Pf. pro Stück;
5. den Spullohn für weiche Wolle von 32½ auf 35 Pf. pro 100 Zahlen zu erhöhen;
6. Eingehung sämtlicher Löhne in den auszuhängenden Lohnstarif.

Die Vermittlung übernahm der Arbeiterausschuß, welcher am 7. August gerufen wurde. Die Antwort der Firma war folgende:

1. Der Umstelohn bleibt beim alten;
2. der Stundenlohn wird einheitlich auf 18 Pf. pro Stunde für angeleitete Mädchen und Frauen festgesetzt. Neu Eingestellte erhalten nach der vierten Woche ebenfalls diesen Lohn;
3. für Weberstunden werden 25 Prozent Lohnzuschlag ge-währt;
4. der Puhlohn für:  
baumwollne Cordes und Schubblätter 12½ Pf. pro Stück;  
halb- und ganzwollne Cordes und Schubblätter 15 Pf. pro Stück;  
Moquette-Schubblätter und Ranzenbedel 25 Pf. pro Stück;

Waggonstiefe, 90 Zentimeter breit, 20 Pf. pro Stück; Waggonstiefe, 70 Zentimeter breit, 17 1/2 Pf. pro Stück, soll erhöht werden, wenn sich die Bugertinnen mit der Herabsetzung der 130 Zentimeter breiten Moquette-Büschelware von 4 auf 3 1/2 Pf., der 130 Zentimeter breiten Milano von 4 auf 3 Pf., der 70 Zentimeter breiten Milano von 2 auf 1 1/2 Pf. einverstanden erklären; 5. der Spullohn für weiche Wolle wird auf 35 Pf. pro 100 Zahlen erhöht; 6. die Löhne sollen in den auszuhängenden Tarif eingetragen werden.

Eine am 8. August abgehaltene Versammlung beschloß jedoch, an der ersten Forderung festzuhalten, desgleichen die Pughöhne für Moquette und Milano nicht reduzieren zu lassen. Mit den Zugeständnissen war die Versammlung einverstanden. In dem Arbeiterausschuß wurde noch je eine Arbeiterin für die nicht geeigneten Teile hinzugezogen, um an den Verhandlungen mit teilzunehmen. Am 10. August verhandelte die Kommission nochmals mit der Firma und wurde Forderung 1 bewilligt, die Pughöhne für Moquette und Milano bleiben beim alten. Die Versammlung am 11. August erklärte sich nun mit allem einverstanden. Beteiligt waren 32 Arbeiterinnen, sämtlich organisiert. Die neuen Löhne treten laut § 8 der Arbeitsordnung am 27. August in Kraft. So haben die Arbeiterinnen durch ihren festen Zusammenhalt in der Organisation ihre sämtlichen Forderungen bis auf den Ausgleich des Stundenlohnes erreicht.

**Zur Lohnbewegung in Duisburg.** Wie schon mitgeteilt, sind in der Westrheinischen Bunzwäberei Gebr. Schulz daselbst Differenzen ausgebrochen. Es haben mehrere Fabrikbesprechungen stattgefunden, wo die Kollegen folgende Forderungen stellten:

1. für Warten auf Ketten ab 3. Stunde 20 Pf. Entschädigung;
2. Aenderung der Wehr an Schermaschine Nr. 2;
3. 10 Prozent Lohnerhöhung.

Die Kettenmacher arbeiten in Wochenlohn. An sie werden fast unumgängliche Anforderungen gestellt. Sie wechseln daher oft, wodurch Mangel an Ketten entsteht, was immer ein Schaden für die Weber und Weberinnen ist. An der bezeichneten Schermaschine ist eine Wehr, die alles tut, nur kein richtiges Maß anzeigt, so daß die Stüklänge statt 37 Meter oft 39 bis 42 Meter beträgt. Sie hat sogar schon 48 Meter betragen. Für diese Uebermaße wird aber nur selten bezahlt. Auch die Forderung der Lohnerhöhung ist notwendig, denn gerade in Duisburg sind die Preise für Mehl und Lebensmittel rapid gestiegen; beträgt hier doch der Preis für Kost und Logis für unversehrte 11 bis 14 Mark. Wie soll da eine Familie mit Löhnen von 18 bis 22 Mark haushalten? Die Bewilligung der Forderungen wurde abgelehnt. Die Weber und Weberinnen haben in einer Besprechung am 17. August einstimmig die Kündigung beschlossen. Hoffentlich bemüht sich der Fabrikant, den Streikfall auf gutlichem Wege aus der Welt zu schaffen, denn die Arbeiter sind gewillt, den Kampf bis zur letzten Konsequenz durchzuführen.

**Der Streik in der Rheinischen Möbelstoff-Webererei** (vormals Dahl u. Hunsche), Unter-Barmen, dauert beim Erscheinen dieser Nummer bereits in die 7. Woche, und es ist, falls nicht alle Zeichen trügen, an das Ende desselben noch nicht zu denken. Die Forderungen der Belegschaft sind: 1. eine 25 prozentige Lohnerhöhung für Mustermacher; 2. für die Scherer ein Minimallohn von 24 Mark; 3. Aenderung des Strafsystems. Was die erste und Hauptforderung anbetrifft, so müssen wir bemerken, daß es von am schon seit Jahren als Unrecht empfunden wurde, daß Mustermacher und Kommissionsarbeit gleich hoch bezahlt werden. Während bei der Kommissionsarbeit der Weblohn in der Regel den weitaus größten Teil des Lohnes ausmacht, ist beim Mustermachen das Umgekehrte der Fall. Bei dem Letzteren besteht der Lohn zumest aus Bezahlung der Nebenarbeiten, wie: Chöre umsehen, Karten wechseln usw. Da bekanntlich die Nebenarbeiten schlechter bezahlt werden als die eigentliche Webarbeit, so haben diejenigen, welche das „Geld“ haben, Muster machen zu müssen, für diese Zeit trotz angestrengtester Leistung einen ganz beträchtlichen Lohnausfall. Wer noch weiß, was es heißt, tagelang mit der Brust auf der Tafel zu liegen und Rollen umzulegen, der wird die Forderung als gerecht anerkennen müssen. Der hohe Prozentsatz Lungentruer, der in keinem anderen Betriebe Barmens erreicht wird, legt Zeugnis von der Gesundheitsgefährlichkeit dieser Arbeit ab. Die zweite Forderung, 24 Mark Minimallohn für Scherer, ist in den teuren Lebensmittelpreisen und den örtlichen Verhältnissen begründet. Die dritte Forderung betrifft die Strafen für Zuspätkommen. Wer über 5 Minuten zu spät kommt, bekommt fürs erste Mal 20 Pf. und fürs zweite Mal in derselben Woche 40 Pf. Strafe. Wenn es nun auch mal ohne Strafen nicht gehen soll, so brauchen sie doch wohl nicht so hoch zu sein. Verhandlungen haben bis jetzt zwei stattgefunden, eine vor dem Prüfungsausschuß des Arbeitgeberverbandes und eine mit den Vertretern der Firma selbst. In beiden Verhandlungen ist es zu einer Einigung nicht gekommen. Der Firma ist es weniger um die Ablehnung der Forderungen, als um die Wahrung ihres Herrenstandpunktes zu tun. Doch die Zeit wird es sie lehren, daß es besser ist, den gerechten Wünschen ihrer Arbeiter Rechnung zu tragen, als den Kampf ins Ungewisse fortzuführen. Trotzdem die Firma schon eine Anzahl Arbeitswillige hat, ist die Situation für die Ausständigen glänzend. Sie wissen aus Erfahrung, wie schwer es einem erfahrenen Weber wird, sich auf Moquette einzuarbeiten; deshalb lassen sie die aus allen möglichen Berufen sich rekrutierenden Arbeitswilligen fast. Sie verderben der Firma das Material und die Stühle. Die Ausständigen schauen aber frohen Mutes in die Zukunft und bitten ihre Berufskollegen allerorts, sie in ihrem gerechten Kampfe zu unterstützen und den Zugang von Webern nach dem Wuppertal fernzuhalten, denn die Firma sucht im In- und Auslande durch marktfeindliche Annoncen Weber anzulocken.

**Die Arbeiter in der Vorbereitung: Appretur und Näherei der süddeutschen Jute-Industrie in Sandhofen bei Mannheim** legten am 18. August wegen Lohnhöhen die Arbeit nieder. Infolgedessen mußte die Firma nach wenigen Stunden wegen Mangels an Material den Betrieb einstellen. Zugang ist streng fernzuhalten.

**Die Situation in Leppichweberstreik bei Prohen u. Sohn in Straußau** scheint jetzt eine andere Wendung nehmen zu sollen. Die Firma versuchte am Sonnabend den 18. August durch ein Schreiben, welches sie an eine Anzahl Arbeiter sandte, einen besonderen Preis auszubieten. In demselben wurde den Ausständigen mitgeteilt, daß sie bis zum 18. respektive 20. August die Arbeit bedingungslos wieder aufnehmen sollten. Solchen, welche auf dieses Mittel ansetzen wollen, verspricht man, die Streikzeit nicht als Unterbrechung der Arbeit und somit auch bei Berechnung der Jubiläumprämien zu berücksichtigen. Wer bis zu dem angegebenen Tage die Arbeit nicht wieder aufgenommen haben würde, würde sich als entlassen zu betrachten haben. Verhandelt wurde nur mit Arbeitern des Betriebs. Der Herr, der vor Ausbruch des Streiks dem Ausschuss gegenüber erklärte, seine Absicht zu schließen, scheint jetzt anderer Meinung zu sein. Man ist jetzt eifrig bemüht, Arbeitswillige

zu werben. Die Schreckschiffe, die jetzt abgehoben werden, sind nur darauf berechnet, die Streitenden uneinig zu machen. Derselbe Herr Ad. Prohen, der so gern die Tarife aus anderen Betrieben sehen will, um deren Löhne und Arbeitsverhältnisse feststellen zu können, scheut sich selber, einen solchen Tarif einzuführen. Jedenfalls soll die Deffentlichkeit nicht erfahren, welche Verhältnisse dort bestehen. Während alle Arbeiter streikend sind, tarifliche Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erzielen, sträubt sich diese Millionenfirma mit allen möglichen Mitteln dagegen. Die Art und Weise der Lohnrechnung ist eine solche, daß niemand behaupten kann, was für Löhne usw. gezahlt werden. Auch werden die Stundenlöhne, welche bei Warten auf Material, Reparaturen usw. gezahlt werden sollen, derartig berechnet, daß von Stundenlöhnen überhaupt nicht die Rede sein kann. Das liegt auch besonders an den sogenannten Meistern usw., welche die Stundenlöhne der Firma zu unterbreiten haben; dieselben spielen den ihnen untergestellten Arbeitern gegenüber eine keineswegs lobenswerte Rolle. Nach langem, geduldigem Warten, und nachdem man die Organisationsverhältnisse in dem Betriebe ausgehört hatte, wagten es die betreffenden Arbeiter einmal, ihre Lage ernstlich zu verbessern. Sie taten es geschloffen. Daß selbst die Firma ein derartig geschlossenes Vorgehen nicht erwartet hatte, geht aus dem Verhalten den Streikenden gegenüber hervor. Die Arbeiter sind der Ueberzeugung, daß sie das Ansehen der Firma, bedingungslos zurückzuführen, zurückweisen müssen. Wollte die Firma unterhandeln, so waren die Arbeiter jederzeit bereit dazu. Auch sind sie heute noch der Meinung, daß es für die Firma nur von Nutzen wäre, auf die Forderungen einzugehen, denn bei den dortigen Verhältnissen wird es unmöglich sein, andere Arbeiter zu erhalten. Das werden auch alle nicht am Streik beteiligten Arbeiter berücksichtigen und den Prohen'schen Betrieb streng meiden.

**Oesterreich.** Die Textilarbeiteraussperrung in Bielefeld wurde von den Fabrikanten bedingungslos aufgehoben. Nur in vier Fabriken wird wegen der dort bestehenden Differenzen noch nicht gearbeitet. In Brünn drohen aber die Unternehmer schon wieder mit einer neuen Aussperrung.

## Gewerkschaftliches.

**Das Gewerkschaftskartell** verhandelt an die Gewerkschaftskartelle der anderen Orte ein Zirkular, in dem darum er sucht wird, die Gewerkschaften zu veranlassen, von der General-Kommission die demnächstige Einberufung eines außerordentlichen Gewerkschaftskongresses zu verlangen, damit die Gewerkschaften in den Fragen der Waise und des politischen Massenstreiks zu einheitlicher Auffassung mit der Partei gelangen und die jegliche Unstimmigkeit beseitigt werden könne. Der Zuschrift ist ein Resolutionsvorschlag beigelegt. Es wird direkte Wahl der Delegierten durch die Mitglieder verlangt.

**Der Verband der Schneider**, der vor kurzem seine Generalversammlung in Berlin abhielt, hat nach dem Geschäftsbericht des Vorstandes im Jahre 1905 23 Lohnbewegungen ohne Streik mit 2728 Beteiligten geführt. Alle diese Lohnbewegungen hatten teilweisen Erfolg. 13 Angriffstreiks mit 2408 Beteiligten. Hiervon hatten 9 Streiks mit 1432 Beteiligten vollen Erfolg, während 4 Streiks mit 976 Beteiligten teilweisen Erfolg hatten. 46 Abwehrstreiks mit 5219 Beteiligten. Von diesen Streiks hatten 42 mit 5034 Beteiligten vollen Erfolg, 2 Streiks mit 106 Beteiligten brachten teilweisen Erfolg, 2 Streiks mit 79 Beteiligten endeten ohne Erfolg. 18 Aussperrungen mit 4174 Beteiligten verliefen mit vollem Erfolg. Die Lohnbewegungen ohne Streik brachten für 2236 Personen eine Verkürzung der Arbeitszeit von durchschnittlich 5 1/2 Stunden pro Woche und Lohnerhöhungen von durchschnittlich 2 1/2 Pf. pro Woche für 2236 Personen. — Die Angriffstreiks brachten für 329 Personen eine wöchentliche Verkürzung der Arbeitszeit von durchschnittlich 5 1/2 Stunden und für 1972 Personen Lohnerhöhungen von durchschnittlich 2 1/2 Pf. pro Woche. Die hier aufgeführten Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen erforderten eine Ausgabe von 208 247 Mk.

Im Jahre 1906 wurden geführt: 38 Lohnbewegungen ohne Streik mit 5099 Beteiligten. In allen Fällen war ein teilweiser Erfolg zu verzeichnen. 17 Angriffstreiks mit 2634 Beteiligten. In 7 Fällen mit 1215 Beteiligten war ein voller Erfolg, in 9 Fällen mit 1291 Beteiligten teilweiser Erfolg zu verzeichnen und 1 Fall mit 128 Beteiligten hatte keinen Erfolg. 2 Abwehrstreiks mit 36 Beteiligten hatten teilweisen Erfolg. Die Lohnbewegungen ohne Streik brachten für 2833 Beteiligte eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von durchschnittlich 9 Stunden und für 5092 Beteiligte eine Lohnerhöhung von durchschnittlich 2 1/2 Pf. pro Woche. Die Angriffstreiks brachten für 483 Beteiligte eine Arbeitszeitverkürzung von durchschnittlich 3 1/2 Stunden wöchentlich und für 1291 Beteiligte Lohnerhöhungen von durchschnittlich 2 Pf. pro Woche. Alle diese Lohnbewegungen und Streiks erforderten eine Ausgabe von 61 648 Mk. Dazu kommen noch 20 000 Mk. für einen Streik in Königsberg, über den bei Abschluß des Berichts noch keine näheren Angaben vorliegen.

Der Verband hatte am Schluß der vorigen Geschäftsperiode (1. Quartal 1904) einen Mitgliederbestand von 23 748 (22 740 männliche, 907 weibliche). Am Schluß der letzten Geschäftsperiode (1. Quartal 1906) betrug die Mitgliederzahl 33 342, nämlich 30 030 männliche und 3312 weibliche.

Der Kassenbericht für die letzte Geschäftsperiode schließt in Einnahme und Ausgabe mit 803 888,86 Mk. Der Bestand beträgt 71 590,61 Mk.

## Soziales.

**Eine Mutterschaftsversicherung** im Rahmen des sozialen Versicherungswesens verlangt Professor T. Mayet. Bekannt als Mitglied des kaiserlich statistischen Amtes und Dezerent über Krankentassenstatistik, verlangt er die Angliederung der Mutterschaftsversicherung an den Bau des deutschen Versicherungswesens und eine Unterstützung 1. der Schwangeren auf sechs Wochen und 2. der Wöchnerinnen auf weitere sechs Wochen in Höhe des Krankengeldes, 3. freie Gewährung der Hebammendienste und der ärztlichen Behandlung der Schwangerschaftsbeschwerden, sowie ferner 4. von Stillprämien in Höhe von 25 Mark an diejenigen Mütter, welche nach sechs Monaten noch stillen, und von weiteren 25 Mark an solche, die nach einem vollen Jahre noch stillen. Von der Durchführung dieser Maßnahmen verpflichtet sich Mayet, wie er durch ein großes Zahlenmaterial nachweist, einen Gesundheitszustand für 1 425 000 Wöchnerinnen und die allgemeine Weiberaufnahme des Bruststillens auch in denjenigen Schichten der Arbeiterbevölkerung, in denen die künstliche Ernährung der Säuglinge durch die Flasche bedauerlicherweise überwiegt. Mayet glaubt, daß dadurch 80 Prozent der Säuglingssterbefälle vermieden werden könnten.

**Gewerkschaftskartell über Heimarbeit.** Eine Heimarbeitersammlung wird von den deutschen Gewerkschaften veranstaltet, um die Zahl der organisierten Heimarbeiter und Heimarbeiterinnen und die Art ihrer Beschäftigung festzustellen. Es

soll insbesondere ermittelt werden, ob die Betroffenen in einer Fabrik oder beim Meister im Hause oder außer dem Hause arbeiten, ob sie eigene Kundschaf haben oder in ihrer Wohnung für Fabrikanten, Kaufleute oder Zwischenmeister erwerbstatig sind, ob sie als Fabrikarbeiter nach Feierabend Halbfabrikate nach Hause mitnehmen und fertig machen usw. Ende des Jahres wird sich der Reichstag bekanntlich mit der Heimarbeit beschäftigen. Für die Beratungen sollen die Resultate dieser Erhebungen noch verwendet werden.

**Städtische Arbeiterwohnungen in Essen.** Die Stadterordneten haben 500 000 Mark zum Bau von Wohnungen für städtische Arbeiter bewilligt.

**Neue Studienreise nach England.** Nachdem die „Gesellschaft für Soziale Reform“ im April dieses Jahres eine aus Gelehrten und Arbeitern bestehende Kommission nach England geschickt hat, um dort über die im gewerblichen Einigungswesen gewonnenen Erfahrungen zu studieren, hat jetzt der Verein für bergbauliche Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund die Herren Bergassessor Trippe von der Dorfeld-Zeche und Dr. Jüngst, der als Beamter des Vereins die allgemeinen wirtschaftlichen Fragen bearbeitet, nach England entsandt, um dort die Beziehungen zwischen Unternehmern und Arbeitern in den Kohlengrubenbezirken zu studieren.

**Der erste internationale Kongress für die Beseitigung der Arbeitslosigkeit**, der auf Betreiben der Societa Umanitaria in Mailand stattfindet, ist auf den 2. und 3. Oktober gesetzt worden. Zur Beratung kommen: Ursachen, Vorbeugungsmittel, Beseitigung der Folgen der Arbeitslosigkeit.

**Die Abschaffung der Nachtarbeit in den Bäckereien des Kantons Tessin** hat der Große Rat mit 25 gegen 15 Stimmen beschlossen. In der Zeit von 9 Uhr abends bis 1 Uhr morgens soll in den Bäckereien nicht gearbeitet werden dürfen. Auch in Deutschland fehlte es in den Kreisen der Bäckermeister nicht an Stimmen, die ein Verbot der Nachtarbeit wünschten.

**Ein Ledigenheim in Paris** wird als erster Schritt, um den äußerst ungünstigen Wohnungsverhältnissen für Unerheiratete zu begegnen, entstehen. Der Architekt Longeren hat eine Aktien-gesellschaft gegründet, die im Arbeiterviertel Menilmontant ein Hotel für Arbeiter baut. Die Statuten sind auf Grund des neuen Gesetzes über Volkswohnungen ausgearbeitet.

**Der Jehstundentag in der Industrie** macht in Frankreich weitere Fortschritte. Schon seit dem 1. April 1904 gilt dort der Jehstundentag für Frauen und Jugendliche und auch für Männer in gemischten Betrieben. Nunmehr hat der Handelsminister einen Gesetzentwurf eingebracht, der die durchgreifende Einführung des Jehstundentages für alle gewerblichen Arbeiter vorseht, und zwar in der Staffei, daß bei Veröffentlichung des Gesetzes eine Maximalarbeitszeit von 11 Stunden gilt, diese zwei Jahre später auf 10 1/2 Stunden und abermals zwei Jahre später auf 10 Stunden herabgesetzt wird. Im Handelsgewerbe soll außerdem eine 10 stündige Minimalarbeitszeit gelten. In Deutschland hat man bisher nicht einmal den Jehstundentag für Frauen und Jugendliche erreichen können.

**Unfallversicherung.** Zwischen Frankreich und Belgien ist ein Staatsvertrag abgeschlossen worden, nach welchem belgische Arbeiter in Frankreich und französische Arbeiter in Belgien bei Unfällen Anspruch auf Entschädigung nach den Gesetzen des Landes haben, in dem sie arbeiten. Vom Vertrag ausgeschlossen sind Arbeiter, die weniger als sechs Monate im fremden Lande arbeiten, sowie die Arbeiter von Firmen, deren Sitz sich im Heimatlande der Arbeiter befindet. Auch die Arbeiter und Angestellten der Verkehrsanstalten zwischen den beiden Ländern sind nicht durch den Vertrag geschützt. Er ist seit dem 1. Juli in Kraft.

## Wirtschaftliches.

In seiner „Wirtschaftlichen Rundschau“ schreibt Max Schipfel u. a.: Wehr in den Mittelpunkt des allgemeinen Interesses rückt um diese Jahreszeit regelmäßig auch die Ernteschätzung und die Schätzung der verfügbaren Getreidezufuhren für das importbedürftige Europa. Der eben zusammengestellte deutsche offizielle Staatenstandsbericht für Mitte Juli lautet fast durchweg günstig. Wir haben nach dem „Reichsanzeiger“ die folgenden Angaben hervor: Trotz vielfacher, durch starke Regengüsse hervorgerufener Lagerung, die einige Minderung des Körnerertrages befürchten lassen, finde der Stand des Wintergetreides im allgemeinen eine recht günstige Beurteilung. Mit dem Schnitt des Roggens war zur Zeit der Berichterstattung in vielen Gegenden bereits begonnen, und zwar zum Teil erheblich früher als in sonstigen Jahren, in einigen anderen dagegen, z. B. in Württemberg, ist das Getreide noch ziemlich grün, so daß die Ernte dort später als gewöhnlich eintreten dürfte. Auch die Sommerhalbinsel hätte im großen und ganzen ihren günstigen vormonatlichen Stand teils behauptet, teils noch etwas verbessert. Der erste Schnitt der Futtererträuter brachte fast überall gute, teilweise sogar besonders reichliche Erträge, die auch meist gut geborgen werden konnten. Der zweite Schnitt, dem das feuchte Wetter gut zu halten kommt, verspreche ebenfalls befriedigend auszufallen. Nur das Wachstum der Kartoffeln soll unter den letzten starken Niederschlägen etwas gestillt haben. — Die Stimmen aus dem Ausland lauten ähnlich. Englands Ernteaussichten sollen kaum hinter denen des Vorjahres zurückstehen. Frankreich hofft, was seine Hauptbrotsfrucht, den Weizen, anbelangt, wieder ohne auswärtige Hilfe auskommen zu können. Aus Oesterreich, Ungarn liegen überwiegend gute Erntebilder über Brotgetreide vor. Die neueste offizielle Ernteschätzung Rumaniens spricht von einer für dieses wichtige Agrarland noch nie dagewesenen großen Weizenerte, während die Erwartungen für die ausgedehnte Maisproduktion gleichfalls als sehr gute bezeichnet werden. Endlich reihen sich die Vereinigten Staaten mit einer wahrscheinlich mehr als mittelmäßigen Ernte im Winter- und Frühjahrweizen an. — Als Weiterwink könnte demnach nur Rußland in Frage kommen. Die Mitteilungen über die geschnittenen und ungeschnittenen Erntemengen widersprechen sich hier vollständig. Dazu tritt die Unsicherheit, ob die Erntearbeiten in Ruhe zu Ende geführt werden können, und ob alsdann weitere die Verkäufe und Transporte sich ungestört und ohne Katastrophen abwickeln werden. Unser Großhandel scheint meist anzunehmen, daß die innere Zerrüttung Rußlands den Getreideexport in nächster Zeit eher steigern wie beeinträchtigen müsse: je mehr die Vorkaufleistung seitens der selber bedrängten Banken aufhöre, desto weniger liegen sich Getreidebestände im Innern ansammeln, desto rascher müsse der ewig geldbedürftige russische Landwirt sein Getreide abstoßen; je mehr spätere Verzehrsstörungen drohen, desto eiliger werde man es mit der Abholung der verfügbaren Ware nach dem Ausland haben. Auf jeden Fall glaubt der internationale Getreidegroßhandel unter den jetzigen Verhältnissen an keine bemerkbare Tendenz zu wesentlicher Preissteigerung.

Der fortgesetzte günstige Stand unserer industriellen Tätigkeit spiegelt sich, wie in den Vormonaten, in der Kohlenproduktion und dem Kohlenverbrauch am besten wieder. Von Januar bis Juni produzierte Deutschland Tonnen:

	Im laufenden Jahre	Im Vorjahre
an Steinkohlen . . . . .	67 267 208	68 830 591
an Braunkohlen . . . . .	20 911 978	21 044 082

Diese großen Unterschiede beruhen natürlich, wie schon oft erwähnt, zum Teil auf dem vorjährigen Streit. Daß sie aber für den Kohlengeheimfabrik in Deutschland nicht entfernt weitgemacht wurden durch die größere Einfuhr im Vorjahre oder durch die größere Nachfrage im laufenden Jahre, ergeben die folgenden Ziffern. Es wurden Januar bis Juni (in Tonnen) eingeführt

	1905	1906
Einkohlstein	4 819 006	4 131 808
Braunkohlstein	3 920 718	4 220 234
ausgeföhrt		
Einkohlstein	8 191 751	9 734 472
Braunkohlstein	10 545	9 269

Es sind also zwar über 1 1/2 Millionen Tonnen Brennstoff mehr zur Ausfuhr gelangt; jerner stellte die Einfuhr dem deutschen Markt etwa 100 000 Tonnen weniger zur Verfügung. Dafür beträgt jedoch die Mehrzufuhr aus den heimischen Gruben über 12 1/2 Millionen Tonnen! Wenn man davon noch so viel auf die stärkere Vorratsbildung dieses Jahres anrechnen wollte, so bleibt der Mehrverbrauch dennoch ein überraschend großer.

In der Roh-eisen-Produktion ist der Juni (1 009 015 Tonnen) etwas hinter dem Mai (1 048 150 Tonnen) zurückgeblieben, offenbar nur, weil der Mai 31 Tage zählt und weil in den Juni mit seinen 30 Tagen auch noch die Pfingstunterbrechung fiel. Das ganze letzte Halbjahr steht anscheinlich über dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres. Es betrug nämlich im ersten Halbjahre von 1906 die Erzeugung von Roheisen insgesamt 6 078 936 Tonnen gegen 5 998 588 Tonnen im ersten Halbjahre 1905. Auf die einzelnen Sorten verteilen sich diese Ziffern wie folgt, wobei in Klammern die entsprechenden Zahlen für 1905 angegeben sind: Gießereiroheisen 1 050 878 (869 397) Tonnen, Bessemerroheisen 238 492 (190 807) Tonnen, Thomasroheisen 3 910 349 (3 919 105) Tonnen, Stahl- und Spiegeleisen 455 407 (319 751) Tonnen, Puddelroheisen 419 410 (399 528) Tonnen. — Die gemischten Werke, die Roheisen weiter verarbeiten, geben, wegen ihres eigenen Bedarfs, allmählich gar kein Roheisen mehr an das Syndikat zum Weiterverkauf ab. Die reinen Eisenwerke, deren Tage schon gezählt scheinen, erleben darum nochmals, vielleicht zum letzten Male, eine ausnahmsweise günstige Absatzkonjunktur. Freilich fällt der ausschlaggebende Verbrauch von Roheisen heute schon auf die gemischten Werke. — Im großen und ganzen bleibt die Signatur der grundlegenden Eisengewerbe: stärkste Anspannung der Produktionsfähigkeit, lange Lieferfristen für die Besteller. So liegt es aus dem letzten, am 19. Juli dem Beirat erstatteten Geschäftsbericht des Stahlwerksverbandes heraus, und zwar für fast alle Produktionsabteilungen, vor allem jedoch für Halbzeug, Gießereierzeugnisse und Formeisen. Eine Rundfrage bei den rheinisch-westfälischen Schweißereimälzwerken, ergab fast durchweg Unverkauf der Werksproduktion für 3 bis 4 Monate bei reichlichen Spezifikationen für längere Zeit. Die Drahtindustrie ist derzeit beschäftigt, daß trotz der Auflösung des Verbandes höchstens mit einer Preissteigerung, keinesfalls mit einem Preissturz gerechnet wird.

Aehnliches hören wir weiter von den meisten Textilindustrien, in erster Linie aus der Strick- und Wirkwarenfabrikation; „in der Strickwarenindustrie werden Aufträge mit den längsten Lieferzeiten für das Jahr 1907 erteilt“. Manche Textilbranchen wird zu gute kommen, daß infolge der guten überseeischen Nachfrage (in erster Linie in Australien) die Wollepreise stark zurückgehen, ohne daß die Fabrikationspreise bis jetzt eine Wirkung davon verspüren lassen.

### Bermühtes.

Einem Streikführer durch einen Schuß tödlich verwundet hat in Nürnberg ein Individuum, das bei einem Streik der Schlosser und Dreher der dortigen Automobilfabrik „Union“ als Hausmeister fungiert. Der Verwundete hat wohl geglaubt, daß Streikbrechern in Deutschland alles gestattet sei. Darin irrte er aber, denn als er auf den zu Tode Verwundeten noch zwei weitere Schüsse abgegeben hatte, setzte sich die bis dahin untätig gewesene Polizei in Bewegung, um den nun stehenden Mordbuben zu verhaften, was ihr auch gelang. Viele Jahre Zuchthaus dürften dem Mordbuben sicher sein. Der Tod des Schwerverwundeten ist leider eingetreten, jedoch hat man den Mörder wieder auf freies Fuß gesetzt!

Die fieberhafte Kettenspiele von Courrieres vom 10. März, bei der 1100 Bergarbeiter der unerzähllichen Profitgier zum Opfer fielen, hat dieser Tage einen eigenartigen richterlichen Epilog erlebt. Der Untersuchungsrichter hat das Verfahren auf fahrlässige Tötung, das gegen die Ingenieure, die die „Rettungsarbeiten“ überwachten, eingestellt. Es handelt sich dabei um folgenden Vorgang. Einige Tage nach der Katastrophe stellten die leitenden Ingenieure die Luftzufuhr ab, um das Feuer zu erstickern. Auf die Vorhalte der Bergarbeiter, daß es sehr wohl möglich sei, daß sich in den Schächten noch lebende Bergarbeiter befänden, die durch die Maßnahmen der Ingenieure erstickern müßten, antworteten diese, daß das unmöglich sei. Die Bergarbeiter, die noch unten seien, wären sicher tot. Drei Wochen nach der Katastrophe fand man noch dreizehn „lebende Leichname“ und einige Tage später noch einen vierzehnten. Ein Sturm der Entrüstung erhob sich. Man klagte die Ingenieure an, daß sie die Überlebenden geopfert hätten, um die Gruben zu retten. Schließlich wurde eine gerichtliche Untersuchung eingeleitet, die nun mit der Einstellung des Verfahrens endete. Der Untersuchungsrichter sagt, es lasse sich nicht nachweisen, daß außer den vierzehn Erstickten zur Zeit der Abstellung der Luftzufuhr noch andere Bergarbeiter sich lebend in den Gruben aufgehalten hätten. — Gewiß, 1100 Tode sind ja da, aber wie es nun sieht, ist nichts. Das kapitalistische Profitsystem hat den Massenmord auf dem Gewissen, aber der Kapitalismus ist keine „juristische Person“, dem kommen die Richter nicht bei, für den gibt es keinen Paragraphen. — Auch in dem deutschen Courrieres, in der „Borussia“-Katastrophe, hat man keinen Schuldigen finden können. In dieser Grube war gleichfalls ein Brand entstanden, dem 39 brave Bergarbeiter zum Opfer fielen. Dem Tode geweiht waren soziale Bergleute, weil es an den erforderlichen Rettungsapparaten fehlte. Aber ein Schuldiger war auch hier nicht zu finden. Das Gericht nahm an, daß „u n g l ü c k l i c h e U m s t ä n d e“ die Katastrophe heraufbeschworen haben! Diese „unglücklichen Umstände“ sind aber das dem Betrieb beherrschende kapitalistische Profitsystem, das sich, wo es nur irgend kann, der Rücksicht auf Gesundheit und Leben der Arbeiter möglichst entzückt.

### Bekanntgaben.

Den Ortsverwaltungen zur Kenntnis, daß sich der Gauvorstand konstituiert hat. Vorsitzender ist Kollege Karl Schrader, Stuttgart, Florianstr. 19; Gauassessor Kollege Ernst Hauswald, Cannstatt, Moritzstr. 32. Der gesamte schriftliche Verkehr, Anträge und Beiträge bezüglich der Organisation sind an den Vorsitzenden, sämtliche Geldsendungen an den Kassierer zu richten.  
Mit kollegialem Gruß  
Für den Gauvorstand: Karl Schrader, Vorsitzender, Florianstraße 19.

### Zentralverband Deutscher Textilarbeiter.

Lörrach. Alle Zuschriften und Sendungen sind bis auf weiteres an die Adresse: Josef Schmid, Walbrunnstraße 35, zu richten. Dagegen wird Respektive sowie Krankenunterstützung ausbezahlt, letztere jedoch nur Freitags von 3 Uhr nachmittags bis 8 Uhr abends.  
Die Ortsverwaltung.  
Kreuzlingen. Die Krankenunterstützung wird von nun an von unserem Lokalarbeiter Wilhelm Deuser, „Zum Tholer“, Rankenstraße Nr. 42, zu jeder Tageszeit ausgezahlt, die Krankenunterstützung beim Kassierer Karl Start, Ulrichstraße 21, abends von 7—8 Uhr.  
Die Ortsverwaltung.  
Günzburg a. Donau. Vorsitzender ist Paul Thomas, am Grise Nr. 841. Alle Sendungen sind an diese Adresse zu richten. Kranken- und Krankenunterstützung von 12—1 Uhr mittags und von 6—7 Uhr abends bei demselben.  
Kamenz. Das Buch, auf den Namen Ernst Hänchen lautend, Nr. 236741, ist verloren worden. Es wird erlucht, dasselbe an Herrn Vinzenz Scholz in Kamenz i. Sa. einzuliefern. Hänchen ist eingetreten am 25. März in Kamenz, geboren 7. Juli 1864 in Sorau P. R. A. Mittweida. Wer den Aufenthalt des Kollegen Alois Schiller, Buch-Nummer 309 227 kennt, wird erlucht, dessen Adresse an Julius Lehmann, Freiberger Straße 40, zu senden.  
Mannich. Geschäftsführer ist jetzt Georg Luz, St. Ludwiger Straße 87, an den alle Zuschriften und sonstigen Sendungen, den Verband betreffend, vom 1. September d. J. an zu senden sind. Ferner eruchen wir unsere Mitglieder, ihre Mitgliedsabgaben in Ordnung zu bringen, da dieselben nächsten Monat kontrolliert werden sollen.  
Chemnitz. Vorsitzender ist Adolf Reinhold, Altenhainer Straße Nr. 23 1., Geschäftsführer: Hermann Florisch, Bureau: Herstraße 14 1. Geöffnet täglich von 9—1 und 4—8 Uhr, Sonnabends aber nur bis 5 1/2 Uhr.

### Veranstaltungskalender.

- Veranstaltungen des Zentral-Verbandes Deutscher Textilarbeiter.**
- N.-Ottensen. Sonntag den 2. September, nachm. 5 Uhr, bei E. Fels, Altona, Bergstr. 130.
  - Bamberg. Sonnabend (Samstag) den 1. September, abends halb 9 Uhr, bei Wolf, Siedenstr. 31.
  - Braunau. Sonntag den 2. September bei Wehmer, Kaiserstr. 50.
  - Brannschweig. Sonntag den 2. September, nachm. 5 Uhr, bei Surendorf, Gannst. Sonntag (Samstag) den 1. Sept. bei Rausch, Olgastr. 33.
  - Elberfeld. Sonntag (Vorgänger) Sonntag (Samstag) den 1. Sept., abends 9 Uhr, bei Ostler Schiller, Unter-Barmen, Salspelerstr. 19.
  - Erfurt. Sonntag den 1. September.
  - Falkenstein i. B. Sonnabend den 1. September, abends 9 Uhr, im „Sächsischen Hof“.
  - Forchheim. Sonnabend (Samstag) den 1. September, abends halb 9 Uhr, bei Marx, Wiesenstr. 6.
  - Fürstentum. Sonntag den 2. September, vormittags 10 Uhr, in der „Schloßkeller“.
  - Greif. Sonnabend (Samstag) den 1. September, abends 8 Uhr, bei J. W. Wallergasse 13.
  - Gera. (Vorf. und Nachm.) Montag den 3. Sept. in Michels Lokal, Güterstr. Sonnabend den 1. September, abends halb 9 Uhr, bei Lamerzhain.
  - Glauchau. Sonnabend (Samstag) den 1. September, abends 8 Uhr, in der „Ara“ in Glauchau.
  - Hohenleuben. Sonnabend den 1. September bei Hermann Schläp.
  - Kiel. Sonnabend den 1. September, abends 8 Uhr, im „Braunen Tisch“.
  - Meinwerder. Sonntag den 2. September, nachmittags 4 Uhr.
  - Mühlhausen. Sonnabend (Samstag) den 1. September, bei Joh. Fregel, Lambrecht, Sonnabend den 1. September, abends halb 9 Uhr, bei Schloffer.
  - Nürnberg. Sonnabend den 1. September.
  - Mittweida. Sonnabend den 1. September, abends 9 Uhr, im „Rosen-garten“.
  - Mühlhausen i. Th. Sonnabend den 1. September, abends halb 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Thüringer Hof.
  - Mühlheim a. Rh. Dienstag den 4. September, abends viertel 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Wallstr. 56.
  - München. Sonntag den 2. September, nachmittags 3 Uhr.
  - Mylau. Sonnabend den 1. September, abends halb 9 Uhr, in der „Germania“.
  - Neustadt (Orla). Sonnabend den 1. September, abends halb 9 Uhr, im Café Krüge.
  - Osnabrück. Sonnabend den 1. September.
  - Reichenbach i. B. Sonnabend den 25. August, abends 9 Uhr, bei Reihling.
  - Renscheid. Montag den 3. September, abends halb 8 Uhr, bei Sader, Peterstraße.
  - Reutlingen. Sonnabend (Samstag) den 1. September, abends 8 Uhr, im „Aroler“ (Deutscher).
  - Ronneburg. Freitag den 31. August, abends halb 9 Uhr, im „Färstenteller“.
  - Staufen. Sonnabend (Samstag) den 1. September, abends 8 Uhr, im „Löwen“.
  - Treuen i. B. Sonntag den 2. September, nachmittags 2 Uhr im „Löwen“.
  - Werdau. Sonnabend den 1. September im „Bergkeller“.
  - Zell. Sonnabend den 1. September, abends halb 9 Uhr, im „Fellenteller“, Fabrikstr.
  - Zschopau. Sonnabend den 25. August, abends 8 Uhr, im „Wettiner Hof“.

### Sonstige Zusammentünfte.

- Berlin. Westensee. Jeden Sonnabend, abends von 8 bis 8 Uhr, bei Content, Leber Straße 5: Jahrtag.
  - Berlin. Jeden Freitag, abends von 7 bis 10 Uhr, bei F. Kubat, Blumenstraße 38: Jahrtag.
  - Berlin. (Sektion der Detektive.) Jeden Sonnabend, abends von 7 bis 8 Uhr, bei Vollmann, Alte Jakobstraße 69: Jahrtag.
  - Berlin. (Für Charlottenburg.) Jeden Sonnabend, abends von 6 bis 8 Uhr, bei Samann, Marchstraße 23: Jahrtag.
  - Berlin. (Sektion der Sticker.) Jeden Sonnabend, abends von halb 6 bis 7 Uhr, bei Engel, Seydallstraße 30: Jahrtag.
  - Berlin. (Sektion Räder.) Jeden Sonnabend, abends von halb 6 bis 7 Uhr, bei Kerger, Fiebertstraße 81: Jahrtag.
  - Neustadt O.-S. Sonnabend den 1. September, abends 8 Uhr, im „Arbeiter Kasino“: Jahrtag.
- Erscheinen aller in allen Versammlungen notwendig!

### Zentral-Kranken- und Begräbnisliste für Textilarbeiter und Arbeiter anderer Berufe beiderlei Geschlechts (E. S. 12, S. Chemnitz).

- Kassenbericht vom Juli 1906.
- Einnahme: 1. Kassenbericht 86 611,99 M. 2. Müssen St. Jakob 150 M. 3. Braunschweig 100 M. 4. Stuttgart 80 M. 5. Elberfeld 100 M. 6. Freiburg 70 M. 7. Straubing 60 M. 8. Frankfurt a. M. 100 M. 9. Eisenberg 100 M. 10. Dulsburg 100 M. 11. Elberfeld 100 M. 12. Gera 100 M. 13. Wittenberg 150 M. 14. Chemnitz 100 M. 15. Wittenberg 100 M. 16. Wittenberg 100 M. 17. Wittenberg 100 M. 18. Wittenberg 100 M. 19. Wittenberg 100 M. 20. Wittenberg 100 M. 21. Wittenberg 100 M. 22. Wittenberg 100 M. 23. Wittenberg 100 M. 24. Wittenberg 100 M. 25. Wittenberg 100 M. 26. Wittenberg 100 M. 27. Wittenberg 100 M. 28. Wittenberg 100 M. 29. Wittenberg 100 M. 30. Wittenberg 100 M. 31. Wittenberg 100 M. 32. Wittenberg 100 M. 33. Wittenberg 100 M. 34. Wittenberg 100 M. 35. Wittenberg 100 M. 36. Wittenberg 100 M. 37. Wittenberg 100 M. 38. Wittenberg 100 M. 39. Wittenberg 100 M. 40. Wittenberg 100 M. 41. Wittenberg 100 M. 42. Wittenberg 100 M. 43. Wittenberg 100 M. 44. Wittenberg 100 M. 45. Wittenberg 100 M. 46. Wittenberg 100 M. 47. Wittenberg 100 M. 48. Wittenberg 100 M. 49. Wittenberg 100 M. 50. Wittenberg 100 M. 51. Wittenberg 100 M. 52. Wittenberg 100 M. 53. Wittenberg 100 M. 54. Wittenberg 100 M. 55. Wittenberg 100 M. 56. Wittenberg 100 M. 57. Wittenberg 100 M. 58. Wittenberg 100 M. 59. Wittenberg 100 M. 60. Wittenberg 100 M. 61. Wittenberg 100 M. 62. Wittenberg 100 M. 63. Wittenberg 100 M. 64. Wittenberg 100 M. 65. Wittenberg 100 M. 66. Wittenberg 100 M. 67. Wittenberg 100 M. 68. Wittenberg 100 M. 69. Wittenberg 100 M. 70. Wittenberg 100 M. 71. Wittenberg 100 M. 72. Wittenberg 100 M. 73. Wittenberg 100 M. 74. Wittenberg 100 M. 75. Wittenberg 100 M. 76. Wittenberg 100 M. 77. Wittenberg 100 M. 78. Wittenberg 100 M. 79. Wittenberg 100 M. 80. Wittenberg 100 M. 81. Wittenberg 100 M. 82. Wittenberg 100 M. 83. Wittenberg 100 M. 84. Wittenberg 100 M. 85. Wittenberg 100 M. 86. Wittenberg 100 M. 87. Wittenberg 100 M. 88. Wittenberg 100 M. 89. Wittenberg 100 M. 90. Wittenberg 100 M. 91. Wittenberg 100 M. 92. Wittenberg 100 M. 93. Wittenberg 100 M. 94. Wittenberg 100 M. 95. Wittenberg 100 M. 96. Wittenberg 100 M. 97. Wittenberg 100 M. 98. Wittenberg 100 M. 99. Wittenberg 100 M. 100. Wittenberg 100 M.

Kuerbach 2,40 M. 28. Nau, M.-Glabbach 3,50 M. 29. Kraft, Wilbau 5 M. 29. Beh, Uffenhelm 5,20 M. 29. Niemann, Wobes 16,85 M. Ausgabe: 6. Söh 100 M. 12. Neberrad 200 M. 13. Offenbach 100 M. 27. Wettmann 80 M. 6. Lindner, Lausig 39,85 M. 6. Theilgen, M.-Glabbach 1,73 M. 14. Senneff, M.-Glabbach 27,30 M. 14. Anobloch, Pirna 69,32 M. 14. Müller, Wittenberg 19,05 M. 17. Krenner, Glauchau 18,40 M. 17. Kuhnen, Dülken 9,10 M. 17. Schnee, Wittenberg 3,40 M. 31. Porto-Konto 30,05 M. 31. Konto, besondere Hauptverwaltungsstellen 36,68 M. 31. Hauptverwaltungsstellen 145,50 M.  
Kassenbestand am 1. August 1906: 87 832,23 M.  
Hermann Chemnitz, Kassierer, Chemnitz-Gablenz, Bernhardtstr. 61, 1.

**Kockisch-Weissthal.** Verhältnisse halber findet unsere Partie erst Sonntag den 9. September statt. Sonstige Anmeldungen werden vom Unterzeichneten sowie vom Austräger entgegengenommen. Bei genügender Teilnahme Fahrpreisermäßigung.  
Der Bevollmächtigte.

**Filiale Reichenbach i. B.**  
Sonnabend den 25. August, abends 9 Uhr, bei Reihling:  
**Filial-Versammlung.**  
Tagesordnung: 1. Bericht von der Konferenz in Chemnitz. 2. Vortrag des Kollegen Hugo Dressler-Greiz über „Die moderne Gewerkschaftsbewegung“. 3. Wahl des Gauvorstandes.  
Zahlreiches Erscheinen wünscht  
Der Vorsitzende.

Die Filiale Reichenbach i. B. des Textilarbeiter-Verbandes sucht zum 1. Oktober d. J. einen  
**Geschäftsführer.**  
Kassieranten, welche mindestens 3 Jahre dem Verbands angehören, mit der modernen Arbeiterbewegung vertraut sind und reibende Beschäftigung besitzen, wollen ihre Offerten nebst einer schriftlichen Abhandlung über die Aufgaben eines Geschäftsführers mit der Aufschrift „Geschäftsführer“ an den Unterzeichneten bis zum 8. September 1906 gelangen lassen. Bewerber müssen mit allen Zweigen der Textilindustrie vertraut sein. Anfangsgehalt 1300 Mark.  
J. W. Winkler, Reichenbach i. B., Hospitalstraße 2.

**Deutscher Textilarbeiter-Verband.**  
**Ortsgruppe Greiz und Umgegend.**  
Wir suchen bis zum 1. Oktober d. J. einen agitatorisch befähigten, mit der modernen Arbeiterbewegung vertrauten  
**Geschäftsführer.**  
Anfangsgehalt 1300 Mark. Darauf reflektierende Kollegen, welche mindestens 3 Jahre dem Verbands angehören müssen, werden erlucht, ihre Offerten bis zum 1. September mit der Aufschrift „Geschäftsführer“ an den Vorsitzenden Otto Diebig, Greiz, Heinrichstr. 5, zu richten.

**Suche zum sofortigen Eintritt**  
mehrere auf grübere Soden und Strümpfe eingearbeitete verb.  
**Stricker.**  
Seide i. Holst. Ferd. Wulff.

Probieren Sie meinen hochfeinen  
**Zuckerhonig**  
besten, nahrhafter Brodbelag. Emaille-Eimer netto 10 Pf. 8,25 ab hier, 3 Eimer net. 9,75 frachtfrei, Emaille-Eimer netto 25 Pfund net. 10,50 frachtfrei.  
[H. V. Ch.]  
**Curt Rabe, Magdeburg 8.**

**Abgepaßte Ristentelle**  
Liefert billigst das  
**Sägewerk Surheim in Oberbayern.**  
(7918 M.)



**Achtung!**  
Wer die Adresse des Webers Otto Exner, früher Verbandsmitglied im Mühlheim, jetzt unbekanntem Aufenthaltsort, vermutlich weiß er in Deuben, Leuben oder Dresden, kennt, wird dringend gebeten, dieselbe an Heinrich Juber in Erfenschlag bei Chemnitz, Nr. 30 b, gelangen zu lassen. . . . Porto-Auslagen usw. werden zurückertattet. . . .

**Uebersiedelung nach Asch**  
Ich bante den Leipziger Genossen für die Unterstützung bei meiner  
und rufe allen ein herzliches „Gedwöh!“ zu.  
Ant. R. Lanik.

**Gestorben:**  
Meerane. Verbandsmitglied Paul Krüppner, Färbereiarbeiter, 30 Jahre alt.  
Weißelstorf. Verbandsmitglied Luise Ungelent aus Sempersdorf, 23 Jahre alt. — Ungelent.  
Kleinrossdorf. Verbandsmitglied Anna Sempel, 25 Jahre alt. — Wagnersfelder.  
Reichenbach. Verbandsmitglied Julius Wochel, 49 Jahre alt. — Magen- und Darmverengung.  
Ehre ihrem Angehören!

Inhalt (Hauptblatt): Streikfallat. — Partei und Gewerkschaften. — Die Zweifelsfrage in Verden. — Von der Lohnbewegung in Neumünster. — Zum Streit der Textilarbeiter in Kolmar. — Mitteilungen aus Bachtellen. — Golanterbewegung. — Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung. — Gewerkschaftliches. — Soziale. — Wirtschaftliches. — Vermischtes. — Bekanntgaben. — Verbandsmitteilungen. — Veranstaltungskalender. — Zentral-Kranken- und Begräbnisliste (E. S. 12). — Inzerate. — (Bei Lage). Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1905. II. — Die Textilindustrie im Wachsen und Declin. — 6. Kongress der deutschen Gewerkschaften Deutschlands. — Sprechende Sollen. — Mitteilungen aus Bachtellen.

Willy Hartmann, in der Wäckerlei bei Bachmann u. Rabowitz in Chemnitz, ist als Streikverwalter tätig, wozu wir alle unsere Leser aufmerksam machen.

Verleger: Clemens Wieweg, Pöbeln. — Verhauener: Paul Wagners Chemnitz. — Drucker: Langrock & Co., Chemnitz.  
Steuern eine Beilage.

# Beilage zu Nr. 34 des Textil-Workers.

Chemnitz, Freitag den 24. August 1906.

## Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1905.

II.

Die Gesamteinnahmen der Kartelle im Jahre 1905 betragen ohne die Einnahmen aus den Streiksammlungen 512 394 Mark, davon aus den festen Beiträgen der Gewerkschaften 318 811 Mark. Ende 1904 war in 376 Kartellen ein Kassenbestand von insgesamt 209 832 Mark vorhanden, sodas den Kartellen für das Jahr 1905 eine Summe von 722 226 Mk. zur Bestreitung der laufenden Ausgaben zur Verfügung stand. Ausgegeben wurden von 455 Kartellen, welche diesbezügliche Ausgaben gemacht haben, insgesamt ohne Streikunterstützung 499 671 Mark. Der am Schlusse des Jahres 1905 vorhandene Kassenbestand beträgt in 442 Kartellen zusammen 258 115 Mark.

Die von 290 Kartellen veranstalteten Sammlungen für Streiks und Aussperrungen ergaben die Summe von 948 166 Mark. Für Streiks am Orte wurden 194 035 Mark und für auswärtige Streiks 718 757 Mark verausgabt. 204 Kartelle zahlten insgesamt aus der Kartellkasse 34 077 Mark Streikunterstützung und 79 Kartelle erzielten durch die Sammlungen einen Ueberschuß von 69 443 Mark.

Es verausgabten für	1903		1904		1905	
	Kartelle	Mark	Kartelle	Mark	Kartelle	Mark
Agitation	280	20 163	289	40 222	358	40 773
Vertreterwahlen	134	9 856	192	24 560	175	18 787
Statistische Erhebungen	38	2 042	38	2 711	50	2 295
Serbergen und Arbeitsnachweis	21	10 058	17	8 019	38	10 348
Gewerkschaftshäuser und Versammlungsräume	18	2 781	17	53 871	46	41 883
Ausfunfterteilungen, Bibliotheken und Lesesäle	211	59 737	208	62 003	292	129 632
Steils (aus der Kartellkasse)	222	60 870	217	48 976	204	34 077
Verwaltung: Gehälter, Miete Verwaltungsmaterial, Inklerate usw.	315	66 652	299	89 246	381	95 391

Vorstehende Tabelle enthält eine Uebersicht über die Ausgaben der Kartelle in den letzten 3 Jahren. Für die Beurteilung der Tätigkeit der Kartelle bietet diese Uebersicht recht interessante Merkmale. Die Ausgaben für Agitation sind gegen das Vorjahr kaum gestiegen, obgleich die Zahl der Kartelle, die solche Ausgaben gemacht haben, 358 gegen 289 in 1904 beträgt, während 289 Kartelle rund 11 000 Mark mehr für Agitation im Jahre 1904 verausgabten als 280 Kartelle im Jahre 1903. Auch hierdurch wird bewiesen, daß die Agitation im letzten Jahre von den Kartellen recht fleißig behandelt worden ist. Die Ausgaben für Vertreterwahlen steigen und fallen naturgemäß, je nachdem solche Wahlen, die periodisch stattfinden, in den einzelnen Jahren in Frage kommen.

Darüber, in welchem Umfange und mit welchem Erfolge die Gewerkschaftskartelle sich an den Vertreterwahlen beteiligten, enthält die Statistik keine Angaben. Das Ergebnis der diesbezüglichen Erhebungen wird, einen mehrjährigen Zeitraum umfassend, besonders bearbeitet und veröffentlicht werden.

Die Ausgaben für Ausfunfterteilung und für Bildungszwecke sind im letzten Jahre ganz erheblich angewachsen. Es ist sehr erfreulich, daß die Kartelle diesen Tätigkeitsgebieten immer mehr Beachtung schenken. Jedoch ist zu bemerken, daß die Errichtung von Arbeitersekretariaten wiederholt zu Streitigkeiten innerhalb der Kartelle und zum Austritt verschiedener Organisationen aus den Kartellen geführt hat, wodurch die Aktionsfähigkeit der betreffenden Kartelle sehr beeinträchtigt, teilweise für längere Zeit sogar die Agitation gänzlich lahmgelegt wurde. Von dem Standpunkte ausgehend, daß die Agitation unter keinen Umständen vernachlässigt werden darf, sollten die Vertreter der Gewerkschaften in den Kartellen die Frage stets reiflich prüfen, und die Errichtung eines Sekretariats sollte nur dann erfolgen, wenn eine Gewähr dafür geboten ist, daß sich Komplicationen daraus für die Gewerkschaften nicht ergeben. Gewiß, auch die Arbeitersekretariate haben agitatorischen Wert; wo aber diese Institute den Zankapfel der Gewerkschaften eines Ortes darstellen, da werden sie ihres agitatorischen Einflusses entleert. Streitigkeiten, ganz gleich, ob innerhalb einer Gewerkschaft oder der Gewerkschaften untereinander, sind stets nur geeignet, die Position unserer Gegner zu stärken und die eigene zu schwächen. Ein treffendes Beispiel dafür sehen wir in Barmen-Eberfeld. Berggegenwärtigen wir uns, daß die christlichen Gewerkschaften, die sich mehr und mehr ausbreiten, mit Argusaugen unsere Bewegung verfolgen und jede ihnen passend erscheinende Gelegenheit ausnützen, um unsere Organisationen in Mißkredit zu bringen, damit ihr Ziel, desto besser Blühe, so haben wir alle Ursache, jeden kleinsten Mißtritt zu vermeiden und bei allen unseren Unternehmungen uns stets nur von dem einen Gedanken leiten zu lassen, daß die Einheit unserer gewerkschaftlichen Bewegung und die Entwicklung der klassenbewußten Arbeiterbewegung überhaupt in keiner Weise gefährdet werden darf. Welche Anstrengungen die gegnerischen Gewerkschaften machen, um an Einfluß zu gewinnen, läßt sich daran erkennen, daß die Kartelle der gegnerischen Gewerkschaften sich im letzten Jahre wieder bedeutend vermehrt haben. Nach den Berichten unserer Kartelle, die allerdings auf Vollständigkeit in dieser Beziehung keinen Anspruch machen können, bestehen in 145 Orten, in denen wir Kartelle besitzen, Ortsverbände der Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine mit 430 Ortsvereinen und in 94 Orten Kartelle der Christlichen mit 358 Gewerkschaften. Das Zentralblatt der Christlichen Gewerkschaften veröffentlichte in seiner Nummer 14 vom 16. Juli 1906 ein Verzeichnis der Adressen christlicher Ortskartelle, welches 145 Orte enthält. Neben einer Reihe kleinerer Orte Rheinlands und Westfalens, in denen wir keine Kartelle haben, sind auch die Städte Braunschweig, Bremen, Kassel, Dresden, Leipzig sowie eine Anzahl anderer Orte genannt, in denen Kartelle der christlichen Gewerkschaften bestehen sollen, von deren Vorhandensein aber unseren Kartellen nichts bekannt zu sein scheint; sonst würden sie wohl Angaben darüber für die Statistik gemacht haben. Andererseits haben einige unserer Kartelle Angaben über christliche Kartelle am Orte gemacht, die in der Liste der Christlichen nicht mehr verzeichnet sind. Unsere Genossen in den Kartellen könnten der systematischen Agitationsarbeit der Christlichen offenbar nicht die genügende Aufmerksamkeit und doch ist es eine besondere Aufgabe der Kartelle, sich von dem Umfang genaue Kenntnis zu verschaffen. Man darf diese Bewegung durchaus nicht unterschätzen, wenn man auch noch so sehr davon überzeugt sein mag, daß sie niemals zu der Höhe sich aufzuschwingen vermag, auf der wir uns bereits befinden. Noch

schreitet sie vorwärts, und ihr Fortschritt muß uns ein Ansporn zu rastloser, begeisterter Agitationstätigkeit sein.

Wenn wir auch an die Tätigkeit der Kartelle im letzten Jahre, soweit dieselbe durch die Statistik erfasst und zur Darstellung gebracht ist, in dieser oder jener Beziehung Ausstellungen zu machen haben, so müssen wir doch anerkennen, daß die Kartelle im allgemeinen bestrebt sind, die Arbeiterbewegung zu fördern. Ist doch die Gründung eines Gewerkschaftskartells allein schon ein Beweis für die Regsamkeit der Genossen eines Ortes, und einzelne Kartelle haben wirklich schon Hervorragendes auf den ihnen zugewiesenen Tätigkeitsgebieten geleistet. Als örtliche Organisationen ist ihre Wirksamkeit mehr oder weniger örtlichen Einflüssen unterworfen und gar vieles spielt sich innerhalb der Bewegung an einem Orte ab, was dem Kartell und den darin tätigen Genossen Arbeit in reichem Maße verursacht. Ueber diese interne Arbeit bieten die Jahresberichte der Kartelle dem, der sich eingehender mit der Sache vertraut machen will, reichliches Material.

Wir sagten schon, daß die Kartelle wesentlich zur Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung beigetragen haben. Doch ist das allein nicht ihr Verdienst. Die Kartelle haben fast allgemein sich zu Vereinigungen der Zweigvereine der Zentralverbände entwickelt, ihre Regulative nach Möglichkeit einheitlich gestaltet und sich den Beschlüssen der Gewerkschaftskongresse untergeordnet. Die Konstitution der Kartelle ist in eine Form gebracht, die es diesen ermöglicht, alle Fragen, die die Arbeiterbewegung eines Ortes gemeinsam interessieren, mit den Vertretungen der Parteiorganisationen beraten zu können. Die Errichtung von Arbeitersekretariaten, die Beschaffung von Versammlungsräumen, die Mafseier, das alles sind Dinge, die an vielen Orten gemeinsam von den Vertretungen der Gewerkschaften und denen der Parteiorganisationen geregelt werden. Solches einheitliche Zusammenwirken beider Organisationsarten ist um so erfreulicher in einer Zeit, in der von Ehrgeiz und persönlichem Haß geprägte Elemente sich der verwerflichsten Mittel bedienen, um die Einheit der klassenbewußten Arbeiterbewegung zu zerstückeln. Die Gewerkschaftskartelle sind ganz besonders geeignet, wenn sie die nötige Umsicht walten lassen, den Bestrebungen, die darauf gerichtet sind, zwischen Gewerkschafts- und Parteibewegung einen Keil zu treiben, vorzubeugen zu können. Dieser Bestrebungen, die meistens ihren Ausgangspunkt in persönlichen Geheißigkeiten haben und von niedrigen Motiven diktiert sind, entgegenzuwirken, müssen die Kartelle, wie jeder einzelne, der es ernst mit der Arbeiterbewegung meint, sich angelegen sein lassen. Und daß geschieht dadurch, daß Meinungsdivergenzen stets in sachlicher Weise diskutiert, alle gehässigen Ausfälle sofort energisch zurückgewiesen und durch Verbreitung von Bildung und Wissen der Arbeiter zu zielbewußten Klassenkämpfern erzogen werden. Erziehungsanstalten sollen die Gewerkschaftskartelle sein. Das sei die Parole, nach der sich ihre gesamte Tätigkeit richtet. Erziehungsanstalten im weitgehendsten Sinne. Daß sie es zum Teil schon sind und sich mehr und mehr dazu entwickeln, beweist die Statistik über ihre Tätigkeit. Wird in dieser Richtung weiter gearbeitet, so nur zum Vorteil der Arbeiterbewegung.

L. Brunner.

## Die Tuchindustrie im Nacherer Bezirk.

Ein historischer Rückblick.

II.

Diese Zustände erhielten sich, bis die Schuldenlast der Stadt sich häufte und ein Defizit in den Finanzen sich einstellte, welches durch sehr bedenkliche Mittel, wie Leibrentenverkauf oder kurzfristige Anleihen, beseitigt wurde. Ueberall herrschten Korruption, Unterschleife, Bevorzugung der Ratsmitglieder — kurzum, die herrschenden Geschlechter zeigten sich nicht mehr ihrer Aufgabe gewachsen. Da ist es denn erklärlich, wenn schon in den Jahren 1348 und 1368 aufrührerische Bewegungen stattfanden, an deren Spitze die Weber und Walfen standen, die aber schnell unterdrückt wurden. Im 13. Jahrhundert hörten die Aufstände nicht auf; gleich das erste Jahr begann mit einem solchen, und wiederum waren es die Tuchmacher, welche durch einen Anschlag am Walfenhaus zur Empörung gegen den Erbsen aufzboten. Obwohl die Auführer „nach wie vor“ hingerichtet wurden, blieb das Walfenhaus der Sitz der herrschenden Ungerechtigkeiten — sehr erklärlich, denn das Walfenhaus war das einzige fabrikmäßige Etablissement mit zahlreicher Anammlung von Arbeitern, welche eine sehr schwere, naße Arbeit mit elastischen Stoffen verrichten mußten. Der denkwürdigste Aufstand brach im Sommer 1428 los, durch Erhebung einer direkten Steuer verursacht; die Einwohner wollten diese Steuer nicht nur nicht entrichten, sondern sie verlangten auch Rechenschaft über die bisherige Verwaltung. Die Handwerker setzten es durch, daß zwei von ihnen mit in den Rat kamen. Auch wurde das „große Walfengeld“ auf Brotfrüchte abgehehrt, auch wurde den Bürgern erlaubt, den Zinsgulden zu nehmen und zu geben. Bei diesen Maßregeln blieb es jedoch nicht, die Handwerker verübten einen Gewaltstreik und setzten einen neuen Rat ein, und nun benützte jede Zunft diese Gelegenheit, ihre Mißstände abzustellen. Damit war der Klassenkampf aber nicht beseitigt, vielmehr mußte naturgemäß auf die Dauer die wirtschaftliche und soziale Macht der Handwerke auch politisch ihre Anerkennung finden. Von 1450—1513 wurden immer neue Verfassungen gemacht, bis im Jahre 1513 der Mittelstand definitiv in das Stadtrecht einzog, indem die Zünfte Vertretung im Stadtrat bekamen.

Inzwischen hatte die gewerbliche Entwicklung ihren Höhepunkt mit dem 14. Jahrhundert überschritten, und schon die politischen Kämpfe wirkten auf den Niedergang der Industrie hin. Ungleich wichtiger wurden aber die religiösen Wirren, welche das 16. Jahrhundert ausfüllten und im Jahre 1617 mit der Verhängung des Protestantismus endeten. Auch in Nacherer hatte derselbe Wurzel gefaßt und entwickelte sich immer mehr, trotzdem er nicht rechtlich anerkannt wurde; so konnten z. B. die Protestanten, obwohl sie alle Prüfungen bestanden, das Meister- und Bürgerrecht nicht erhalten. Die junge Generation huldigte aber mehr und mehr dieser Lehre, und vorübergehend gelang es sogar den Protestanten, sich des Rates zu bemächtigen, die Restauration war aber 1617 eine totale und bis zur französischen Herrschaft blieb die Stadt ausschließlich den Katholiken vorbehalten.

Unter diesen Wirren ging die Messingfabrikation zu Grunde und die Tuchindustrie sank zur Bedeutungslosigkeit herab. Unter den vertriebenen Protestanten befanden sich gerade die tüchtigsten, reichsten und unternehmendsten Häuser, Fabrikanten und Arbeiter, und in dichtem Kranze gruppierten sich neue Industrie-

orte um Nacherer. Zutischend beschäftigte im Verhältnis bald mehr Arbeiter als Nacherer, in Eupen und Naas's entstanden neue Unternehmungen; nach Montjoie hatten die billigen Löhne, und das Wasser der Roer eignete sich ebenfalls vorzüglich zum Waschen, Entzotten und Weichen der Wolle und Lächer. Düren mit seiner wasserreichen Umgebung, inmitten der fruchtbaren Ebene, mit billigen Lebensmitteln, eroberte nun zu großer Bedeutung. Um das Unglück voll zu machen, legte ein großer Brand im Jahre 1656 den größten Teil der Stadt in Asche, und was das Feuer, die religiöse Unduldsamkeit und das politische Nichtswert noch übrig ließen, unterlag im Innern der politischen Tyrannie eines oligarchischen Rates und dem wirtschaftlichen Despotismus einer engherzigen Zunft. Trotz der formellen Teilnahme der Zünfte an der städtischen Verwaltung blieb dieselbe doch nur eine Scheinvertretung; vielmehr herrschten zwei oligarchische Parteien abwechselnd, welche keine andere Macht neben sich aufkommen ließen.

Für diese politische Machtlosigkeit fand der Rat die Zünfte dadurch ab, daß er ihnen die Ordnung der wirtschaftlichen Angelegenheiten preisgab. Nun gingen die Zünfte an zu wirtschaftlichen, um die auswärtige Konkurrenz zu besiegen. Gemäß einer Verordnung vom 28. Juli 1669 durften die Zünfte ihre ungehörigen Mitglieder durch Schließung von Läden und Arbeit zum Gehorsam bringen. An zwei Orten durfte keine Werkstatt haben, auswärtige Arbeiter nicht anwerben, weben und färben lassen und nicht mehr als vier Webstühle beschäftigen. Das alte Betriebsystem durch lauter kleine, gleichgestellte, unabhängige Meister war es, was man gefehlt festhalten wollte; aber in diesem Kampfe des alten handwerksmäßigen Betriebes gegen die neue kapitalistische Gesellschaft hat ersterer, wie es sich gleich zeigen wird, den Kürzeren gezogen. Konsequenterweise hätte in Nacherer die Zunft der feinsten Tücher aufhören müssen, welche nur den billigen Lohn der ländlichen Arbeiter vertragen konnten, und es hätten dieselben die hochfeinen Sorten, welche viel Kunstfertigkeit eines alten und geübten Arbeiterhandes beanspruchten, hergestellt werden sollen. Da aber die tüchtigsten Arbeiter und die reichsten Fabrikanten die Stadt verlassen hatten und es daher an Kapital, Intelligenz und Geschäftlichkeit fehlte, so machte dieser Umstand sich gerade am guten Ruf der Nacherer Ware bemerkbar. Was die Strenge des Zunftgesetzes auf der einen Seite schon bewirkt, richtete die Milde der Polizei und des Rates nun völlig zu Grunde. Nun ging alles lunterbunt, die Stadt hielt über die Eigenschaft der in ihren Mauern gefertigten Waren keine Aufsicht mehr, sie gestattete bei Fälschungen, statt des Konfiskations- und Freiheitsrechts, sie verhielt es nicht, daß Arbeiter und Tagelöhner durch Warenzölle unter Verrechnung übermäßiger Preise geschröpft wurden usw. und zu allem kam endlich noch die Ungunst der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse. Die Nacherer Industrie arbeitete mit sehr hohen Transportkosten, da kein schiffbarer Fluß in der Nähe war, und das Stadtgebiet war so beschränkt, daß die Fabrikate überall Zölle unterlagen. Es war ein jüchterliches Zeitalter; die religiöse Unduldsamkeit überlieferte die Stadt einem stärkeren Fanatismus, während die politische Oligarchie zu einer öffentlichen Korruption führte. Die wirtschaftliche Tyrannie einzelner Zünfte suchte eine Betriebsform und eine soziale Gleichung festzuhalten, die sich schon längst überlebt hatten. Damit der Bezirk war das Resultat in einer Stadt, wo das Wesentlichste fehlte: Freiheit des Gewissens, Freiheit des politischen Handelns, Freiheit der Arbeit! Die Bevölkerung sank von 16000 Einwohnern, welche Nacherer im 14. Jahrhundert hatte, auf 25 000, die Betriebsamkeit beruhte nur auf Schein. Da noch jährlich sich neue Fabrikanten niederließen, schmeichelte man sich, daß die Vorteile, welche sich ihnen hier darbieten, nirgends übertröffen würden, und bedachte nicht, daß die einzige Annehmlichkeit lediglich in der Menge von leerstehenden Häusern bestand, die man zu billigen Preisen mieten konnte.

Da auch eine Anzahl von Bedagisten die Stadt besuchten, so ließ man sich durch den beschleunigten Geldumlauf und Warenabfluß, durch die Lustbarkeiten und das Spiel um Glanzen an wirklichen Wohlstand verleiten. Aber die Folgen der total verfehlten Verwaltung waren auch dem blödesten Auge sichtbar: Die Straßen wimmelten von Bettlern, und die Sittenverderbnis war allgemein. Wie konnte auch beim gemeinen Manne sich eine Spur von Rechtschaffenheit und soliden Grundbesitz erhalten, wenn er das Beispiel der schändlichsten Verschwendung öffentlicher Gelder ungehindert vor Augen hatte? Seine Kinder wurden Diebe, Wüßhänger und Lotospiele, schließlich bald die verderblichste Gattung von Bettlern; denn solche Menschen sind leichter der Tugend zuzuführen als gefallene. Das sind die Zustände am Ende des 18. Jahrhunderts; sie sind die Grundlage des Nacherer Proletariats und seines angeerbten Elends.

### Die Haus- und die Fabrikindustrie.

Eine ganz abweichende Entwicklung hatte die Industrie in den Nachbarorten genommen. Dort herrschte von Anfang an die häusliche Betriebsform; die Einwanderer konnten keine andere Beschränkung als das Maß ihrer Kräfte und den Umfang ihres Vermögens, sie durften Arbeiter beschäftigen, welche und wieviel sie wollten; Zunftstrafen gab es nicht, und unternehmende Köpfe hatten freien Spielraum. Kaufleute mit mehr Kapital teilten auch größere Mengen Wolle und Garne zum Spinnen und Weben aus, machten die billigeren Arbeitskräfte der Bauern sich dienstbar und eroberten durch ihr wohlfeileres Produkt entferntere Absatzgebiete. So gab es am Ende des 18. Jahrhunderts schon Fabrikanten, wie die Herren von Chemont, welche in Naas, Nacherer und Zutischend allein schon 100 Weber beschäftigten und auf deren Befehl die stolze Inndrüse prangte: Spero invidiam (Wir hoffen, beneidet zu werden). Auch in Nacherer machte sich das Bedürfnis einer Umgestaltung des handwerksmäßigen Betriebes mit aller Macht geltend, und die alte Gesellschaftsordnung vermochte den Entwicklungsprozeß nur aufzuhalten, aber nicht zu verhindern. Vor allem handelte es sich um die Appretur, den entscheidendsten Vorgang bei der Fabrikation, weil durch dieselbe das Aussehen der Ware bestimmt wird. Der engherzige Zunftgeist ließ keine richtige Entwicklung aufkommen, die Fabrikation der Tuche blieb getrennt, wie auch Weber- und Scherzunft, sowie Walfenunft für sich getrennt waren, was natürlich einer gesunden Fortentwicklung sehr hinderlich war. Mit der französischen Herrschaft stießen alle rechtlichen Schranken, und die lange zurückgebliebene, verfallene Entwicklung ging nun mit Riesenschritten vor sich. Intelligenz und Kapital strömten wieder in die Stadt, wo geräumige Häuser und Plätze leer standen; auch Arbeitskräfte waren genügend vorhanden. Das Spinnen durfte man zu billigen Preisen auf dem Lande besorgen lassen, und der Abzug im weiten Trans-

\*) Aus Thums Forschung.

zöfischen Reiche war sehr nützlich, zumal Napoleon seine volle Guld der Stadt zuwandte. Die technischen Verbesserungen waren außerordentlich. Seit 1793 wurde z. B. Kasimir von bewunderungswürdiger Feinheit, seit 1798 Kalmut, Coating und Kreuzwerk für Frankreich, seit 1802 Woolcoats für Paris, auch Bombastins aus Baumwolle verfertigt. Das waren meist im Städ gefärbte Tücher. Im Jahre 1784 wurde der Wert der Nacherer Tücher auf 5 1/2, im Jahre 1806 schon auf 9 Millionen Frank, die Zahl der Wollarbeiter auf 3000 und deren Angehörige auf 6000 geschätzt. Die Ausbildung des hausindustriellen Betriebes, wie derselbe in Eupen, Baas und Montjoie von Anfang an bestand, nahm in Nachen etwa im 18. Jahrhundert ihren Anfang und wurde durch die französische Gesetzgebung mit ihrer Religions- und Gewerbefreiheit und durch die günstigen Absatzverhältnisse ganz ungemein beschleunigt. Trotzdem empfanden die Arbeiter den Verlust ihrer Selbständigkeit nicht so schmerzhaft, da derselbe infolge der andauernden guten Konjunktur durch erhöhtes Wohlergehen ausgeglichen wurde. Umso empfindlicher wirkte das Aufhören der französischen Herrschaft. Der alte Markt ging verloren, ein neuer war so leicht nicht zu finden, einzelne Staaten waren ganz abgeperrt, andere mit hohen Zöllen umgeben. Ueberall hatten sich die ausländischen Fabriken selbst verbessert; jenseits der Erde war ein Zoll von 8 1/2 Prozent zu entrichten, und diesseits des Flusses lag der Markt der ausländischen Zufuhr offen. Viele kleine Fabrikanten gaben die Produktion ganz auf, größere beschränkten die ihrige, zahllose Arbeiter gingen brotlos umher.

Eine solche Massenarmut wie damals hatte man in Nachen noch nicht kennen gelernt. Wie sollte man den Arbeitslustigen, aber Arbeitslosen helfen? Da schufen wohlwollende Männer aus den unerheblichen Vorräthen der privaten Teilnehmer eine Arbeitsanstalt, deren Arbeiterzahl jedoch sehr bald aus Mangel an Mitteln von 80 auf 30 zusammenschmolz, bis im Jahre 1823 die Armeeverwaltung dieselbe übernahm. Es waren damals in der Nadelfabrik der Altstadt 24, in der Leinen- und Wollenfabrik 95 und in der Nagelfabrik 12 Arbeiter beschäftigt, was natürlich in Anbetracht der großen Arbeitslosigkeit ein Tropfen auf einem heißen Stein war. — Die schlimmste Lage der Industrie wurde Veranlassung zu weitgehenden Verbesserungen der Technik; auch die Regierung suchte durch Veranstaltung von Ausstellungen und Verschönerung von Luchschern und Waschmaschinen das ihrige dazu beizutragen. Vor allem war es das Appreturverfahren und die Spinnerei, an welche sich die Einführung von Krah- und Scher- wie von Korpionsmaschinen und damit der Beginn des Fabrikbetriebes knüpfte. In Nachen wurde die erste Kofereil-Spinnmaschine aufgestellt im Jahre 1821 — und fand dann sehr rasch Nachfolger, denn schon im Jahre 1833 zählte man in Nachen und Burtscheid 180 Sortimente, wovon 150 in steter Tätigkeit waren.

## Sechster Kongreß der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

Die christlichen Gewerkschaften hielten ihren 6. Kongreß Ende Juli in Breslau ab. Nach dem dort gegebenen Geschäftsbericht ist ihre Mitgliederzahl vom 31. Dezember 1904 bis 31. Dezember 1905 von 118 917 auf 191 690 oder um 72 773 gestiegen. Davon entfallen 20 000 auf den neu hinzugegetretenen Bayerischen Eisenbahnerverband. Am 31. Dezember 1905 schied jedoch der Lippische Zieglerverband aus, der noch in der Statistik mit 1800 Mitgliedern aufgeführt wird. Die Mitgliederzahl betrug also nur noch 189 890, die Zunahme 70 979, davon 50 973 auf die früher angeschlossenen Verbände. An den steigenden Mitgliederziffern sind alle Verbände beteiligt; nur der Bund der Fleischergehilfen, der 1902 mit etwa 700 Mitgliedern beirat, ist unauffällig auf 530 zurückgegangen und zählte am 1. April d. J. gar bloß noch 408. Die dem Gesamtverbande der christlichen Gewerkschaften nicht angeschlossenen, angeblich christlichen Organisationen, von denen die meisten jedes gewerkschaftlichen Charakters ermangeln und einige der interprofessionellen Natur des Gesamtverbandes ablehnend gegenüberstehen, werden mit 77 176 Mitgliedern (gegen 90 071 Ende 1904) verzeichnet; der Rückgang erklärt sich durch den Eintritt des Bayerischen Eisenbahnerverbandes in den Gesamtverband.

Seit dem 1. April 1905 betrug die Zunahme nur 20 488 oder 10,4 Prozent; sie wird beeinflusst durch einen starken Rückgang des Gewerkschaftsvereins der Bergleute, der nach dem großen Ruhrkohlenarbeiterstreik 60 080 Mitglieder verzeichnete, im Laufe des vorletzten Jahres aber mehr als 13 000 Mitglieder verlor und erst im ersten Quartal 1906 wieder auf 70 000 Mitglieder stieg.

Die Entwicklung des Mitgliederstandes war also eine sehr mächtige. Besser haben sich die Kassenverhältnisse entwickelt. Die Gesamteinnahmen stieg von 894 517 Mk. im Jahre 1904 auf 2 448 122 Mk. in 1905; davon entfallen 191 300 Mk. auf den neuangeschlossenen Bayerischen Eisenbahnerverband. Im gleichen Zeitraum stiegen die Gesamtausgaben von 711 700 Mk. auf 2 160 511 Mk., davon kommen 129 882 Mk. auf den Eisenbahnerverband und der Kassenbestand von 600 373 Mk. auf 1 249 408 Mk. (davon 332 335 Mk. im Bayerischen Eisenbahnerverband). Auch ohne das Hinzutreten des letztgenannten Verbandes zeigt sich bei den christlichen Gewerkschaften unverkennbar eine festere Finanzierung und das Bestreben nach größerer Leistungsfähigkeit. Gewiß entfällt ein guter Teil der größeren Einnahmen auf die durch den Kampf im Ruhrgebiet ausgelöste Kräfteanstrengung; allein die Einnahmen des Gewerkschaftsvereins der Bergleute liegen von 252 180 Mk. auf 801 116 Mk.; und die gesamten Ertragsbeiträge aller Gewerkschaften von 15 894 Mk. auf 524 954 Mk. Aber auch die regelmäßige Beitragsleistung hat sich gehoben. Sie ergab 1904 eine Einnahme von 799 147 Mk., 1905 eine solche von 1 760 242 Mk. Nach den durchschnittlichen Mitgliederziffern beläuft sich die Beitragsleistung jedes Mitglieds 1904 an regelmäßiger Beitragsleistung 7,43 Mk., 1905 dagegen 9,35 Mk.

Von den Ausgaben entfielen 205 155 Mk. auf die Unterhaltung der Verbandsorgane in allen 16 bestehenden Verbänden (mit Ausnahme der Bäder und Gärtner); 12 Verbände für Reise- und Arbeitslosenunterstützung 13 871 Mk.; 13 Verbände für Sterbegeld 50 938 Mk.; 14 Verbände für Rechtschutz 45 457 Mk. und 14 Verbände für sonstige Unterstützungen 114 140 Mk. Für Agitation verzeichneten 16 Organisationen eine Gesamtausgabe von 161 893 Mk., für Verwaltungsausgaben 91 970 Mk., für Bibliotheken und Bildungswesen (13 Verbände) 11 961 Mk., für Gehälter (13 Verbände) 52 423 Mk. und für Beiträge an den Gesamtverband (15 Verbände) 20 795 Mk. Die Streitausgaben sind von 133 362 Mk. im Jahre 1904 auf 1 000 320 Mk., also um 866 958 Mk. gestiegen. An diesen Ausgaben sind zwar die Bergleute allein mit 436 445 Mk. beteiligt, allein noch 2 Verbände, die der Textil- und Leder- und Metallarbeiter, weisen jeder im Berichtsjahre mehr an Streitausgaben auf, als die gesamten christlichen Gewerkschaften im Vorjahre. Selbst wenn in diesen Summen Ausgaben zur Unterstützung anderer Gewerkschaften enthalten wären, insbesondere der Bergleute, wäre die Steigerung eine sehr respectable.

Auch im christlichen Lager waren die Tatsachen stärker als die Theorie, die Christen strafften mehr als den Führern lieb gewesen sein mag. Sie zogen sich deshalb auch den Haß der Unternehmer zu. Wenn sie in Breslau trotz dem von den Vertretern der Behörden feierlich empfangen wurden, so kann man das wohl als Beweis dafür erachten, daß diese die Hoffnung noch nicht aufgegeben haben, es werde den Führern doch noch gelingen, die christlichen Gewerkschaften ihrem ursprünglichen Zwecke, die Interessen der Unternehmer gegen die Streikluft der freien Gewerkschaften wahrzunehmen, wieder zuzuführen. Nur in dieser Hoffnung kann der Vertreter des Bürgermeisters der Stadt der abgehauenen Hand die christlichen Gewerkschaften ob ihres maßvollen Verhaltens und speziell zu ihrem Einbringen in die städtische Arbeiterchaft Breslaus besten Erfolg gewünscht haben. Was man von den christlichen Gewerkschaften erwartete, zeigte auch der Vertreter des Oberpräsidenten, der als Ziel der christlichen Gewerkschaften die Ausöhnung und Ausgleichung widerstreitender Interessen bezelnahete. Herr Schiffer, der Vorsitzende des Gesamtverbandes, meinte freilich, der von den christlichen Gewerkschaften erstrebte soziale Friede müsse ein solcher sein, der den sozialen Anforderungen gerecht werde. Das könnte man als Unterbindung von Kampf für den Fall auffassen, daß diese Anforderungen nicht erfüllt würden. Da er aber hinzufügte, daß die christlichen Gewerkschaften auch Anspruch auf die Unterstützung des Staates hätten, dieser Anspruch aber bekanntlich kämpfenden Gewerkschaften nicht erfüllt wird, was auch Herr Schiffer weiß, so kann man annehmen, daß den Führern der christlichen Gewerkschaften mehr an der Anerkennung „oben“ als an wirtschaftlichen und sozialen Erfolgen gelegen ist, die behördlichen Vertreter sich in ihnen also nicht kaufen werden. Auf dieser Grundton war auch die Forderung des Gewerkschaftssekretärs Bergmann-München gestimmt: christliche Ideale, nationale Bewußtsein, begeisterte Vaterlandsliebe, — Kampf gegen die Sozialdemokratie, die den christlichen Gewerkschaften die Gleichberechtigung versage, — nirgends aber ein Hinweis auf die Aufgaben der christlichen Gewerkschaften als ein Teil der Arbeiterklasse, auf das Gland der Arbeitermassen, auf die Wege und Ziele der Befreiung dieses Landes, nirgends mehr ein Punkt von Klassenbewußtsein, der noch vor drei Jahren auf dem Frankfurter Arbeiterkongreß die Pläne der Umsturzbekämpfer über den Haufen warf.

Die Zersplitterung der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung fand einen zwar höflichen, aber scharfen Kritiker in dem bürgerlichen Sozialpolitiker Prof. Sommer. Er sagte nach dem von der christlichen „Textilarbeiterzeitung“ veröffentlichten Steuogramm:

Es ist schon von den Schwierigkeiten gesprochen worden, die in der Unklarheit liegen betreffs der Aufgaben der gewerkschaftlichen Bewegung. Sie haben mehr und mehr sich zu dem klaren Gedanken durchgerungen, daß es eine Kultur- und Bildungsfrage ist, die Sie vertreten, sich als Arbeiterklasse zu organisieren. Sie haben den klaren Gedanken zur Entwiklung gebracht, daß die Arbeiterklasse als solche ihre Interessen hat, die sie als solche gegen die anderen Klassen der Gesellschaft vertreten soll. Dieser klare Gedanke ist es, der in Ihrer Gewerkschaftsbewegung zum Ausdruck kommt und der Sie von den Verbänden unterscheidet. Das andere, was Sie speziell eigentümlich macht, ist die Betonung des Wortes „christlich-national“. Sie sind damit zunächst einmal echte Deutsche. Sie können ihre Interessenvertretung nicht anders zum Ausdruck bringen, als indem Sie sie mit Ihrer ganzen Weltanschauung vereinen. Und weil Sie nun andere echte Deutsche, nämlich die Sozialdemokraten (weiter) schon an einer Stelle fanden, wo gewerkschaftliche Organisationen zuerst standen, die auch ihre Weltanschauung in die Gewerkschaftsbewegung hineinzogen, darum mußten Sie eine besondere Bewegung gründen. Gestatten Sie, daß ich das für ein außerordentlich großes Unglück für die deutsche Nation betrachte. Ich betrachte es als eine unparlamentarische Entwiklung, aber für einen großen Schaden für die große Arbeiterwelt. In dem Augenblick, wo die Weltanschauungen in den Mittelpunkt der ganzen Bewegung gestellt werden, können Sie mit Ihrer christlich-nationalen Weltanschauung nicht zusammengehen mit der Weltanschauung der Sozialdemokraten. Ich möchte, soweit meine Kenntnis der Dinge reicht, etwas die Ausführungen einschränken betreffs des übergroßen Materialismus der Sozialdemokratie. Machen Sie Ihre Gegner nicht schuldig, das ist kein Mittel, das Sie anwenden sollten. Meines Wissens hat die Sozialdemokratie eine ebenso hohe Lebens- und Weltanschauung wie Sie, nur eine andere, und darüber kann man nicht diskutieren, daran glaubt man. Aber es wäre falsch, diesem großen Teile des deutschen Volkes, diesem größten Teile der deutschen Arbeiterklasse jeden Idealismus abzusprechen zu wollen.

Sombart billigt zwar die Bildung der christlichen Gewerkschaften, weil die christlichen Gewerkschaften in den freien Gewerkschaften keinen Platz hätten, wenn er aber den Christlichen sagt, er halte es für ein außerordentlich großes Unglück für die deutsche Nation, daß die Christlichen eine besondere Bewegung gründen mußten, und wenn er zum Schluß sagt: „Mir wäre lieber eine Entwiklung wie in England usw., und zu guter Letzt den christlichen Gewerkschaften eine Entwiklung wünscht, durch die sie den „toten“ Gewerkschaften imponieren und nicht mehr von ihnen beiseite geschoben werden könnten, so kann das nicht anders als ein Vorwurf ausgeht werden, daß die Christlichen nicht den freien Gewerkschaften beitreten und diese so gestalten helfen, daß sich die Anhänger aller Weltanschauungen in ihnen vertragen können; es könnte eine Einheitsorganisation vorhanden sein, deren Aktionsfähigkeit größer wäre, als die der verschiedenen Organisationen verschiedener Richtung sein kann. Dieser Gedanke hat Sombart zweifellos bei seiner Rede geleitet. Andernfalls hätte er es wohl auch unterlassen, die Lebens- und Weltanschauung der Sozialdemokraten den Christlichen gegenüber in Schuß zu nehmen. Deshalb lehnen es die Christlichen auch ab, Sombart für sich zu reklamieren, ein höheres Jotzen, daß ihnen seine Wahrheiten nicht gefallen haben. Sombart wird es baggen nicht gefallen haben, daß Generalsekretär Segatzow-München den freien Gewerkschaften überließ da einen rücksichtslosen Kampf anzukündigen, wo man die christlichen Gewerkschaften ignoriere, denn das würde den freien Gewerkschaften nicht imponieren und beiden die von ihm gewünschte gegenseitige Annäherung nicht erleichtern. Anders dürfte es mit der Lage über die behördlichen Schwierigkeiten sein, die nach Siegenwald den christlichen Gewerkschaften in gewissen Landesteilen gemacht werden. Der Gesamtverband hat vor 12 Jahren als Redakteur tätigen Dr. Valente aus Stettin zum besonderen Zwecke der Agitation unter den italienischen Arbeitern angekauft. Der Mann ist in seiner niedrigen Laufbahn noch nie mit einer Forderung in Konflikt gekommen, worüber man die allergeringsten Erkundigungen eingezogen habe. Trotzdem habe man

ihn jetzt als lästigen Ausländer aus Preußen ausgewiesen. — Eine Regelung schwebender Grenzfreizugsfragen sollte auf einer besonderen, nicht öffentlichen Konferenz am 26. Juli herbeigeführt werden. Der Redner appellierte am Schluß seiner Ausführungen an die bürgerliche Gesellschaft und an die Behörden, die Tatsache, daß für eine christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung ein Boden vorhanden sei, nicht aus dem Auge zu lassen. Die christlichen Gewerkschaften wollten nicht bevorzugt sein, sondern verlangen eine gerechte Behandlung. Die Scharfmacher dagegen sollten sich mit der Gewerkschaftsbewegung als einer Tatsache abfinden, gegen die alle Scharfmacherei nichts nütze.

Auch andere Redner trugen frasse Fälle von Ausweisungen vor. Ein Holländer, der 15 Jahre in Deutschland gewohnt, mußte binnen zwei Stunden Preußen verlassen, ohne Abschied von seiner Familie nehmen zu können, weil er holländische Arbeiter vor der Lohndrückerei warnte. Ein Antwortschreiber erklärte, der Staat habe die Pflicht, die von den Unternehmern mit großem Geldeaufwand herangeholten ausländischen Arbeitskräfte zu schützen, selbst wenn es Streikbrecher seien. Meistens würden nur solche Ausländer als lästig betrachtet, die sich weigern, die Interessen ihrer Arbeitstameraden mit Füßen zu treten. Ausländische Streikbrecher würden ebenso geschützt wie ausländische Unternehmer. Die Arbeiter hätten zu verlangen, daß diejenigen Ausländer, die Willkuren deutscher Arbeiter durch Streikbruch schädigten, in erster Linie ausgewiesen werden. Deshalb lege man nicht auch auf ausländisches Menschenfleisch einen Zoll von 20 Mk. pro Zentner, um die nationale Arbeitskraft zu schützen? Hinsichtlich der katholischen Fachabteilungen schickten mehrere Redner die heftigen Kämpfe, welche von jener Seite gegen die christlich-interkonfessionelle Organisation im Saarrevier, in Posen und in Oberschlesien geführt werden. Es wurde beschlossen, die Ausländerfrage auf die Tagesordnung des nächsten Kongresses zu setzen. Eine Reihe von Anträgen wurde dem Ausschuß des Gesamtverbandes zur Erledigung, bezw. zur Prüfung überwiesen.

Am zweiten Tage beschäftigte sich der Kongreß mit der Beidatigung der Ortsartikel in der christlichen Gewerkschaftsbewegung, zu deren Gunsten eine Resolution angenommen wurde.

Weiter behandelte der Kongreß die christlichen Gewerkschaften in der Arbeiterbewegung, Volkswirtschaft und im öffentlichen Leben (Referent Giesharts-M. Gladbach) und die gewerkschaftliche Agitation unter den Arbeiterinnen (Referent Köhling-Düsseldorf und Korreferentin Fr. v. Schönerlin). Sie zeigten die Bedeutung der Arbeiterin für die Gewerkschaft und empfahlen eine Reihe Mittel zur Anwendung bei der Agitation unter den Arbeiterinnen, wobei sie als das wichtigste die Hausagitation nannten.

erner forderte der Kongreß von neuem die Schaffung eines einheitlichen, freierlichen Vereins- und Versammlungsrechts für das ganze Reich. — Dem Kongreß schloß sich eine Generalversammlung des Gesamtverbandes an.

## Sprechende Zahlen.

I.  
Am 31. Dezember 1905 waren organisiert:  
in freien Gewerkschaften 1 429 308  
christlichen 101 690  
Stich-Dunderischen 117 097  
Die freien Gewerkschaften zählten also einundzwanzigmal soviel wie die christlichen, und zwölfmal soviel wie die Stich-Dunderischen Organisationen.

II.  
Die Mitgliederzunahme betrug im Jahre 1905 bei den freien Gewerkschaften 310 084  
christlichen 80 550  
Stich-Dunderischen 8 208  
Bei den freien Organisationen war die Mitgliederzunahme viermal so hoch wie bei den christlichen, und einundzwanzigmal höher wie bei den Stich-Dunderischen.

III.  
Die Einnahmen betrugen im Jahre 1905 bei den freien Gewerkschaften 2 448 122 Mk.  
christlichen 191 300  
Stich-Dunderischen 1 980 051  
Es vereinnahmten demnach die freien Gewerkschaften einundzwanzigmal mehr wie die christlichen, und einundzwanzigmal mehr wie die Stich-Dunderischen.

IV.  
An Ausgaben hatten im Jahre 1905 die freien Gewerkschaften 2 160 511 Mk.  
christlichen 129 882  
Stich-Dunderischen 1 170 910  
Demnach verausgabten die freien Gewerkschaften einundzwanzigmal soviel wie die christlichen, und einundzwanzigmal soviel wie die Stich-Dunderischen.

V.  
An Kassenbestand zählten am Schluß des Jahres 1905 die freien Gewerkschaften 1 249 408 Mk.  
christlichen 1 249 408  
Stich-Dunderischen 1 894 098  
Die Kassenbestände der freien Organisationen betrugen demnach das fünfzehnfache der christlichen und das vierzehnfache der Stich-Dunderischen Verbände.

VI.  
Für Ausperrung, Streiks und Maßregelung verausgabten die freien Gewerkschaften 1 000 320 Mk.  
christlichen 1 000 320  
Stich-Dunderischen 298 643  
Das bedeutet auf den Kopf der vorhandenen Mitglieder bei den freien Gewerkschaften 7,55 Mk., bei den christlichen dagegen 8,22 Mk., und bei den Stich-Dunderischen nur 2,45 Mk.  
Man könnte man vielleicht sagen, daß die Unterführung für Kampfeswege bei den „Stich-Dunderischen“ und „Wülffchen“ sein wolle, während die christlichen Gewerkschaften deshalb eine geringere ist, weil diese keinen so ausgeprägten Kampfescharakter tragen, daß dafür aber die Unterführungen für in Not geratene Mitglieder um so höhere sind. Was es damit aussieht, zeigt die folgende Aufstellung.

VII.  
Es zählten im Jahre 1905 an Arbeitslosenunterstützung die freien Gewerkschaften 1 001 024 Mk.  
christlichen 13 871  
Stich-Dunderischen 199 748  
Dabei kommen in den fraglichen Organisationen auf den Kopf der Mitglieder bei den freien Gewerkschaften 2,30 Mk., bei den Stich-Dunderischen 1,07 Mk. und bei den christlichen gar nur 0,11 Mk.

VIII.  
Nehmen wir nun alle anderen Unterstützungen zusammen, als das sind Sterbegeld, Reise- und Arbeitslosenunterstützung, Kranken- und Invalidenunterstützung, Arbeitslosenunterstützung, und Sterbegeld, so wurden für diese Zwecke bezahlt bei den freien Gewerkschaften 3 761 022 Mk.  
christlichen 173 168  
Stich-Dunderischen 276 388  
Das ergibt auf den Kopf der Mitglieder bei den freien Gewerkschaften 3,77 Mk., bei den Stich-Dunderischen 2,98 Mk., und bei den christlichen gar nur 0,22 Mk. — Zahlen, die eine lebendige Sprache. Die hier angeführten Zahlen sind also die Summen aller Unterstützungen zusammen.

Nur und deutlich, daß die Zukunft den freien Gewerkschaften gebührt, auch ohne daß ihre Kongresse von den Vertretern der Regierungen beachtet werden, und ohne daß die Vertreter selber ihnen Einfluß und Werkkraft verleihen. Die anderen Organisationen können in ihren Unterführungen weder die Pflichten der Solidarität gegen ihre in Not geratenen Kollegen so ausüben wie die freien Organisationen, und noch viel weniger sind sie den Kämpfen mit dem totalen Unternehmertum gewachsen. Das, was sie auf beiden Gebieten, auf dem der Unterführung wie auf dem des Kampfes, leisten, liegt nicht den Schranken auf, den sie der Arbeiterchaft dadurch zufügen, daß sie ein geschlossenes Vorgehen verhindern.

Unsere Kollegen mögen die obigen Zahlen recht weisam beim Aufklärungskampfe gebrauchen.

### Mitteilungen aus Fachkreisen.

Berlin. Auf die in Nr. 32 des „Textilarbeiters“ vom 10. August beschriebenen angeblichen Mißstände in der C. F. Schwendenschen Teppichfabrik sendet uns der Meister Horst folgende Berichtigung:

Der angebliche Raum ist Chedsaal mit 1560 Meter (Kubik) Inhalt Rastraum, in dem 18 Arbeiter beschäftigt sind. Wer die staatliche Berechnung für Fabrik-Gebäude in Bezug auf Licht und Luft kennt, wird mir den Saal als sehr günstig gelegen bezeichnen können. Vorgenannter Saal hat Steinböden und deshalb war es bei Einrichtung der ersten Wohnkammer nicht sofort zu erreichen, den mehr als 10 Jahre fast unter Wasser gestandenen Boden zu erwärmen, was aber seit April d. J. vollständig gelungen ist. In dem Berichte heißt es, daß Wisse aus der Erde wachsen. Für die Auffindung von Pilzen oder Schimmel soll dem redlichen Finder eine hohe Belohnung zuteil werden. Ferner: der Weber Sigismund hatte sich wegen eines ihm nicht erfüllten Wunsches, welcher etwas weit ging, zu der Neuerung gegen mich hinrichten lassen: „Wollen Sie es auch nicht sein lassen?“ Derartige Ausfälle werden mit Strafe belegt. Mancher anderer Meister hätte den Arbeiter entlassen. Dies war am Lohnstage, etwa 4 Stunden vor der Lohnauszahlung. Die angelegte Strafe von 50 Pf. wurde ihm an der Fabrikstelle, weil er zugab, einen Fehler begangen zu haben und ihm ferngelegen habe, zu bedingten, so daß ihm dies eine Lehre sein werde, nicht abgegangen resp. zurückgegeben. Der Weber Sigismund ist deshalb sehr aufgebracht über die Vorgehensweise des Vorfalltes in der Fabrik. Er war der erste, welcher mit Ihrem Bericht zu Ohren brachte. Ueberhaupt herrscht infolge dieser ungerechten Bekanntmachungen unter den verlässlichen Arbeitern nicht etwa Sympathie für Ihre Blatt, wiewohl ich sagen muß, daß Sie sich an Ihren Gewährsmann halten können, den ich jedenfalls genannt haben möchte. Auch dieser Fall liegt im Februar d. J. und lag gar keine Veranlassung vor, diese längst vergangene Sache wieder aufzurühren. Bezüglich der Puhappen werden jedem Weber 2 Kappen im Werte von 30 Pf. pro Woche an jedem Sonnabend an den Stuhl gebracht und die gebrauchten Puhappen abgenommen. Der Weber braucht sich nur zu bemühen, die ihm überlassenen Kappen herbarzunehmen. Selbst in diesen kleinen Ausstellungen können große Unregelmäßigkeiten vor, indem nach und nach Puhappen fehlten. Infolgedessen mußte ich auch nach diese Angelegenheit selbst erledigen. Dem Weber Weber schickte eines Sonnabends ein Kappen, ich gab ihm einen neuen Kappen mit dem Bemerkung: „Weber acht Tage werden Sie wohl bei vorerwähnten Kappen gefunden haben, im Nichtsfall sollte der Kappen 10 Pf. Entschädigung.“ Am n. Sonnabend hatte sich aber der Kappen immer noch nicht gefunden, trotz angeblichen fleißigen Suchens; 10 Pf. wurden abgezogen. Nun hatte ich am Montag endlich angeblickt der Puhappen gefunden, der Weber verlangte seine 10 Pf. zurück. Auf meine Frage, was denn er denn den Puhappen habe, konnte er keine Auskunft geben. Bei einer späteren Besprechung gab er zu, ihn von einem anderen erhalten zu haben, aber den Namen wollte er mir nicht nennen. Die 10 Pf. konnte er deshalb nicht zurück erhalten, weil ich annehmen mußte, daß er einem seiner Kollegen den Kappen weggenommen hatte. Die Unterredungen, sowie alle anderen werden in gut deutlicher Sprache geführt und nicht in entstelltem Platt-Deutsch, welche Herkunft mir wohl selbst der H. Berichterstatter nicht zu nennen vermag. Vor meine Sprache nicht versteht, soll sich sein Schulgeld wiedergeben lassen, es sei denn, daß er eine sprachliche oder pädagogische Schulbank geduldet hat. Betreffs des überflüssigen Kastens würde ich dem Herrn Berichterstatter dankbar sein, wenn er mir denselben zeigen würde. Im übrigen lasse ich mich in der Aufrechterhaltung und Durchführung der Ordnung nicht irre machen, daran ändert die Organisation durchaus nichts. Näher werden vorkommen nach wie vor. Diefelben werden nach Recht behandelt und ich betrachte mich nicht als Allgewaltiger, sondern als Zwischenperson, welche an erster Stelle das Interesse der Fabrik, aber auch berufen ist, das Interesse der Arbeiter zu wahren und bereit ist, berechtigten Ansprüchen eines jeden seiner Untergebenen zu willfahren. Der Vorstand der Krankenkasse für Weber und verwandte Gewerbe, welcher gestern (18. August) auf anonymen Zuschrift hin um die Beschäftigung der Fabrik bat, welche ihm selbstverständlich gern gewährt wurde, sprach sich beim Verlassen der Fabrik anerkennend über die gesundenheitliche und reinliche Beschaffenheit der Arbeitsstätte aus.

Chemnitz. Die Zentrale des Deutschen Textilarbeiterverbandes hielt am 18. August ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Zur Tagesordnung stand: 1. Beschlußfassung über den Verordnungsvertrag des Geschäftsführers. 2. Bericht von der Landeskonferenz. 3. Vereinsangelegenheiten. Die Versammlung wurde durch Kollegen R. e. i. n. h. o. l. d. eröffnet. Vor Eintritt in die Tagesordnung richtete Kollege Kätner einige Worte der Anerkennung und des Dankes an die Versammlung über die Geschäftsführung des Kollegen Paul Wagener, der den Vorsitz innevergeleitet hat. Zu Punkt 1 ist zu bemerken, daß der Verordnungsvertrag in der vom Vorstand vorgeschlagenen Form nach sehr eingehender Debatte angenommen wurde. Die Dauerzeit des Geschäftsführers wurde wie folgt festgelegt: paratirig von 9 bis 1 Uhr, nachmittags von 4 bis 8 Uhr, Sonnabends nachmittags nur bis 5 1/2 Uhr. Den Bericht von der Landeskonferenz gab in äußerster Ausführlichkeit Kollege R. e. i. n. h. o. l. d. Eine äußerst lebhaft debattiert (Auch ist dem Vertrag an. Im Punkt 3. Vereinsangelegenheiten wurde nach längerer Debatte beschlossen, dem Kollegen R. e. i. n. h. o. l. d. die Geschäfte des ersten Vorsitzenden zu übertragen. Als Mitglied der Heimarbeiters-Kommission wurde Kollege R. e. i. n. h. o. l. d. gewählt. Ueber eine Anregung des Vereines „Vollstunde“ entspann sich eine sehr lebhaft Debatte, die schließlich dahin ihren Abschluß fand, daß die Versammlung erklärte, mit der Erhebung einer Gewerkschaftsbeiträge eingestanden zu sein, jedoch aber nicht mit der Erhebung derselben auf dem Grundsatze des Vollstundes. Weiter wurde gewünscht, die Beiträge im Innern der Stadt zu erheben. (Stratzenversammlung) Am Freitag den 18. August tagte im Saale des Herrn Kade eine von den Streikenden einberufene öffentliche Versammlung, welche sich mit den letzten Wortkommittien in hiesiger Stadt befaßte. Nachdem den Vorstand des deutschen Verbandes einen kurzen Bericht gegeben hatte, ergab sich als erster Redner in der Diskussion Herr Thomas G. l. e. x. der bezeichnete die lange Dauer des Streiks als für die hiesigen Arbeiter und Geschäftsläute recht

ungünstig. Infolgedessen hätten die betreffenden Kreise sich um Beilegung der Differenzen oder wenigstens um Vermittlung zwischen den beiden Parteien an den Herrn Gewerbe-Inspektor gewendet. Der Redner schloß mit dem Hinweis, daß die Arbeiter bei den Verhandlungen die Kunst, Erreichbares zu erlangen, üben sollten. Herr S. i. e. n. i. c. h. vom christlichen Verband als zweiter Redner erklärte, daß eine Kommission der streikenden Arbeiter am Morgen des Tages beim Herrn Bürgermeister vorstellig geworden sei, um denselben an der Hand von Tatsachen zu fragen, ob es recht sei, daß die Fabrikanten unseren Kollegen die Arbeitsgelegenheit sperren, selber aber aus anderen Städten Arbeitswillige heranzögen; sollte das Gesetz den Fabrikanten gegenüber versagen, so seien die Arbeiter zum äußersten entschlossen, und was das für die Fabrikanten bedeute, würden dieselben wohl verstehen. Der Herr Bürgermeister habe sein Versprechen gegeben, er wolle sein möglichstes Bestreben anwenden, um die Angelegenheit zu erledigen. Am Ende seiner Ausführungen mahnte Herr S. i. e. n. i. c. h. zur Einigkeit und erbat dafür verdienten Beifall. Als dritter Redner erhielt Kollege R. e. i. m. e. s. von unserem Verbands das Wort, der sich anfangs seiner Rede mit dem Vorgehen der Gewerbetreibenden einverstanden erklärte, dem Gewerkschaftsleiter Herrn Thomas G. l. e. x. aber empfahl, bei nächster Gelegenheit der Streikkommission davon Mitteilung zu machen. Im Verlaufe seiner Rede fand Kollege R. e. i. m. e. s. von Herzen gehende Worte beifall der Arbeiter gegen die Arbeiter. Nachdem er das Gebären einer Firma hinsichtlich des Zuguges gehörig gekennzeichnet hatte, teilte er den Versammelten mit, daß bei Anwerbung Arbeitswilliger in Kotbus und Forst in hervorragender Weise ein gewisser Schwarz, der auch schon im Crimmitschauer Lohnkampfe sich unruhlich bemerkbar gemacht habe, beteiligt gewesen sei. Er charakterisierte dieses Verhalten mit dem englischen Ausruf, der den Streikbruch des Arbeiters mit dem Landesverrat auf eine Stufe stellte. Nach schärferen Worten fand Kollege R. e. i. m. e. s. als er das schmähliche Verhalten einiger Nachkollegen der Firma Schiffmann u. Klein-erz brandmarkt, welche, obwohl von ihrem Arbeitgeber auf das Pfahler geworfen, nach acht Tagen wieder in den Betrieb auf Gnade oder Ungnade hineinkrochen, nachdem sie aber vorher sich die Streikunterstützung hatten aussuchen lassen. Nachdem R. e. i. m. e. s. noch eine Abrechnung mit dem sich arbeiterfreundlich gebührenden Volksbärtchen gehalten, schloß er mit einem feurigen Appell an die Anwesenden, einig zu bleiben, dann würde der Sieg auf unserer Seite sein. Stürmischer Beifall lohnte seine trefflichen Ausführungen, und man konnte in dem dichtgedrängten Saale nur Worte des Lobes über unseren Gau-leiter hören. Nachdem der Beifall sich gelegt hatte, erhob sich Kollege J. o. s. e. p. h. o. v. e. r. vom christlichen Verband und schloß die wichtige Versammlung mit der Ermahnung an die Anwesenden, den Ausführungen der Führer Folge zu geben und einig zu bleiben. Diesen Ermahnungen zur Einigkeit schließt sich die Streikkommission an und bittet, das Wort des Dichters Schiller zu beherzigen: „Wir wollen sein ein einig Volk von Wilden.“ In seiner Not uns trennen und Gefähr.“

Friedland (Bez. Breslau). In der am Sonnabend den 11. August abgehaltenen Mitgliederversammlung referierte der Vorpächter Kollege L. i. e. b. i. g. über: „Die Unterstützungs-einrichtungen unseres Verbandes“. Die Behandlung, die Herr Inspektor Winkler bei der Firma Julius Benedict & Söhne einer Weberin hat angedeihen lassen, wurde einer scharfen Kritik unterzogen. Dieser Herr, der sich mit seiner Bildung weit über den Bildungsgrad gewöhnlicher Arbeiter erheben dünkt, hat die betreffende Weberin, welche infolge sehr schlecht gearbeiteter Kopfen mehr Abfall abließerte als gewöhnlich, mit Schimpf-namen belegt, wie man sie in Knigges „Umgang mit Menschen“ vorgelesen haben würde. Was würde wohl einem streikenden Arbeiter passieren, der einen für Staat und Gesellschaft so nützlichen „Arbeitswilligen“ derartig behauptete? Bei der Kritik dieses Falles ergab sich ein nicht unbedeutender Zwischenfall. Als verabschiedete Beschlüsse der Entziehung durch Zwischenrufe beunruhigt, verlangte der überwachende Polizeibeamte vom Vorsitzenden, daß er dies verbiete, eventuell daß jeder, der etwas zu sagen habe, sich zum Wort melde. Der Vorsitzende befehlte ihn aber in dürren Worten, daß er sich von ihm die Geschäftsordnung nicht vorschreiben lasse. Nach eingehender Kritik mehrerer Mißstände in anderen Betrieben und Verurteilung verschiedener Angelegenheiten wurde die Versammlung nach mäßig besuchter Versammlung geschlossen.

Hilfenwalde (Spreew.). Unsere Versammlung am 5. August war nur sehr schwach besucht. Es ist bedauerlich, daß von 88 Mitgliedern nur immer 28 anwesend sind. Namentlich die auswärtigen Kollegen sollten mehr Interesse für die Versammlungen zeigen. Für den 3. September soll unser Gauleiter für einen Vortrag gewonnen werden, was hoffentlich einmal alle Mitglieder in die Versammlung führen wird. Zum Vorsitzenden wurde Kollege J. u. r. t. i. c. h. a. n. gewählt, zum zweiten Unterassessor für die auswärtigen Kollegen Franz H. a. r. t. i. g. Den Kassenbericht gab in Vertretung des Kassierers Kollege G. h. e. n. d. e. r. Die Einnahme betrug 270,85 Mk., die Ausgabe 208,80 Mk., der Kassenbestand 72,05 Mk. Das Rekrutenabschieds-vorgnügen wurde für den 22. September festgesetzt.

Glauchau. Die hiesige und die Meeraner Arbeiterchaft hatte die Leitung des Verbandes beauftragt, bei ihren Arbeitgebern eine 20prozentige Lohnforderung zu stellen. Daraufhin wurde eine Vereinigung mechanischer Webereten folgendes Schreiben gerichtet: „Im Auftrage der in den mechanischen Webereten beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen erlauben wir ergebnislos Unterzeichnete, folgenden Eingabe an Sie zu richten: In Anbetracht der in letzter Zeit immer höher gestiegenen Preise der Lebensmittel sowie überhaupt sämtlicher Bedarfsartikel, stellt sich die Arbeiterchaft aller Kategorien, die in Webereten Glauchau-Meeranes beschäftigt ist, gedrungen, an Ihre Herren Arbeitgeber mit dem Verlangen um eine 20prozentige Lohnherabsetzung heranzutreten. Wie im Jahre 1904/05 der Lohnvertrag vereinbart wurde, gab man von Seiten der Herren Arbeitgeber die Meinung kund, daß man die von den Arbeitern geforderten Löhne nicht bewilligen könne, aber nach und nach doch diese gelöhne. Ferner verlangten im Jahre 1905 die Vorarbeiter und Schere von Glauchau ebenfalls eine Herabsetzung der Lohnforderung. Diesem Verlangen trug man jedoch nicht nach. Infolgedessen Rechnung, daß in einer Tarifkommission, die im Sommer 1906 tagte, erklärt wurde, diese Angelegenheit im Spätherbst 1906 regeln zu wollen. Die Arbeiterchaft erklärte sich damals damit einverstanden. Der nun seit dieser Zeit eingetretene 20prozentige Preisanstieg zuzufolge ist es der Arbeiterchaft fernerhin unmöglich, ihre Lebensbedürfnisse zu decken, und es dürfte nun Überflüssig das Verlangen der Arbeiter als ein berechtigtes angesehen werden. Einen gültigen wohnortständigen Beweis darüber würde die Arbeiterchaft bis 1. August 1907. Demnach wird die Arbeiterchaft von Glauchau-Meerane.“ Hierauf ging folgende Antwort: „Wir empfangen Ihre v. Zufahrt vom 18. Juli und haben Ihnen mitzuteilen, daß wir es ablehnen, mit Ihnen in Verhandlungen zu treten, da die nicht in unseren Betrieben beschäftigt sind. Wenn unsere Arbeiter Veranlassung haben, über den Tarif mit uns in Verhandlungen zu treten, so müssen wir sie auf die gegenständig anerkannte Reunerkommission ver-

weisen. Die Reunerkommission hat bisher alle Streitfragen zur beiderseitigen Zufriedenheit erledigt, und wir glauben annehmen zu dürfen, daß dies auch in Zukunft der Fall sein wird. Hochachtungsvoll Robert Baum, Vorsitzender.“ Die Arbeitervertreter der Reunerkommission erklären sich nunmehr bereit, über die gestellte 20prozentige Lohnforderung in Verhandlungen zu treten. Eine solche Verhandlung fand am 5. August in Meerane statt. Es wurde von den Fabrikanten ein verbesserter Lohnvertrag vorgelegt, gleichzeitig wurde erklärt, daß weitere nichts herauszuholen sei. Eine öffentliche Versammlung am Freitag, den 17. August beschäftigte sich mit dieser Angelegenheit. Der Kommissionsmitglied erstattete Bericht über die Verhandlung, hierbei die einzelnen Punkte, die eine Abänderung verlangen haben, besonders hervorhebend und empfahl den Vereinen, obwohl nur Erhöhungen von 2 1/2—11 Prozent heranzuziehen, im Durchschnitt also 5—6 Prozent, das Angebot anzunehmen. Ferner wurde mitgeteilt, daß am nächsten Tage eine Kommissions-sitzung stattfinden sollte, um Tarife für die Meerane zu beraten. In der Diskussion wurde noch auf einige Mängel im Lohnvertrag aufmerksam gemacht und die Kommission ersucht, für Beseitigung derselben zu sorgen. Es fand sich folgende Resolution einstimmige Annahme: „Die am 17. August im „Welken Hof“ tagende öffentliche Textilarbeiter- und Arbeiterinnenversammlung nimmt Kenntnis von den im Lohnvertrag abgeänderten Lohnsätzen. Die Versammlung erkennt an, daß einige Aufbesserungen stattgefunden haben und erklärt sich bereit, dieselben vorläufig anzunehmen. Die Versammelten erklären ferner, daß die gemachten Angelegenheiten für sie keine zufriedenstellenden sind, sie beauftragen daher die Arbeitervertreter der Reunerkommission, in der nächsten Sitzung dafür einzutreten, daß die bis jetzt bei Bedienung von zwei Stülken in Abzug gebrachten 10 Prozent in Wegfall kommen oder um mindestens 5 Prozent herabgesetzt werden.“ Obwohl das Geforderte nicht erreicht wurde, ist es immerhin wieder ein ganz ansehnlicher Erfolg, den wir zu verzeichnen haben. Die Fabrikanten würden nichts bewilligt haben, wenn sie nicht wußten, daß sie es mit einer gut organisierten Arbeiterschaft zu tun haben. Allen uns Ferntstehenden ist daher dringend zu raten, sich dem Deutschen Textilarbeiterverband anzuschließen. In der am 18. August abgehaltenen Kommissions-sitzung sind neuwertige Abänderungen nicht mehr getroffen worden und soll die neue Tarif nunmehr am 1. Oktober in Kraft treten. Die Sache der Vorarbeiter soll in einer späteren Sitzung erledigt werden.

Göhrlich. (Die Zehnstundenbewegung der Eisenarbeiter.) Bereits Ostern 1900, als die Generalversammlung des Textilarbeiterverbandes in Göhrlich tagte und die Forderung des zehnstündigen Arbeitstages erhoben wurde, waren die Eisenarbeiter von dem Bewußtsein durchdrungen, daß auch sie sich dieser zeitgemäßen Forderung anschließen müßten. Einige Monate nach dem Kongress traten auch die damals gut organisierten Sticker in eine Bewegung zur Erreichung des zehnstündigen Arbeitstages, Abschaffung des Akkordlohnes und Zahlung eines Einheitszettellohnes ein. Aber mochten die Forderungen auch noch so berechtigt und auch durchführbar sein — die Unternehmer widerstanden ihnen, und es zeigte sich, daß die Organisation noch nicht in die Tiefe gegangen war. Die Sticker zeigten sich nicht standhaft genug, den Unternehmern entgegenzutreten und ließen ihre Forderungen fallen. Daß bei einigen Zielbewußtsein seitens der Sticker damals etwas zu erreichen gewesen wäre, zeigte, daß die Galanteriearbeiter von Windisch u. Ko., die mit in der Bewegung standen, den zehnstündigen Arbeitstag erlangen. Seit dieser Zeit arbeiteten die Sticker 11 Stunden und die Galanteriearbeiter 10 Stunden, in ein und demselben Betriebe. Nach dem Scheitern der Bewegung ruhte seit's Jahre lang das Verlangen nach Arbeitszeitverkürzung. Die Organisation verlor an Breite, das heißt Mitglieder, gewann aber an Tiefe. Nicht zum mindesten trug auch Crimmitschau sowie die Weber- und Färberbewegung in Glauchau-Meerane dazu bei, die Sticker zum Bewußtsein ihrer Lage zu bringen und sie zur Wiederaufnahme ihrer Forderung zu bewegen. Mit Beginn dieses Jahres rüsteten sie sich, das vor sechs Jahren verfallene nachzuholen — mit rechtem und festem Willen. Die Einzelbesprechungen ließen anfangs zu keiner guten Hoffnung Raum, aber auch hier führte Beharrlichkeit zum Ziele. Mitte Juni wurde eine allgemeine Sticker- und Arbeiterversammlung einberufen mit einem dem Zweck entsprechenden Material von dem Kollegen P. o. l. o. n. y. Glauchau. Das Gewerkschaftsstatut wurde beauftragt, die Bewegung in die Wege zu leiten und die Forderungen auszuarbeiten. Die Forderungen, benannt „Wünsche“, stellten dahin, mit dem 1. August d. J. in allen Betrieben den Zehnstundentag zur Einführung zu bringen, die bisher gezahlten Löhne (Wochenlöhne) unverändert weiterzahlen; für die Akkordlöhne beabsichtigte man einen Ausschlag zu verlangen, sich aber zum Schluß wieder davon ab. Die Kollegen wachten darüber, daß allseits streng auf die Forderungen gehalten, keine Einzelabmachungen unternommen wurden, also Disziplin herrschte. Aber hier haperte es sehr; wollten doch die Galanteriearbeiter bei Anhö u. Ko. die abends vorher beschlossenen Forderungen nicht unterschreiben, obwohl das übrige Personal dies getan hatte, weil einige bestimmte gehaltene Sätze darin enthalten waren. Der Wunschzettel wurde geändert und mit der Post eingeschickt und die Herren Kollegen Buchbinder links liegen gelassen. Bei Martlet trat gleich bei der Ueberreichung der Ruhhandel ein; jeder wurde bearbeitet, und einige fanden sich, um eventuell den Raustreifer zu machen. Damit war Herr Martlet zufrieden, und er konnte seinem Streben nachgehen, seine Kollegen, die Herren Fabrikanten, unter einen Hut zu bringen, die Wünsche der Arbeiter abzuschlagen und überhaupt nicht zu antworten. Er hat zwar seinen Sticker geantworte, aber darauf diese Kollegen von uns abgepfiffert. Aus den anderen Betrieben wurde teils keine, teils abschlägige Antwort gegeben, jedoch erneute und einschließende Vorgehen das beste war, und so wurden die Kollegen überall, mit Ausnahme von Martlet, nochmals vorstellig. Dabei wurde erreicht, daß bei Windisch u. Ko. die Akkordarbeiter sofort 10 Stunden arbeiten konnten; die Lohnsticker hatten nicht den Mut zu ernstlichem Handeln und ließen die Dinge ihren Lauf gehen. Bei Radwitz bekam der ganze Betrieb ohne Einschränkung die Forderungen erfüllt, bei Gerchau verlustwels und bei Anhö die Sticker acht Tage zu Probe; bei Vertriebung sollte der ganze Betrieb ohne Ausnahme und ohne Lohnabzug die Forderung bewilligt bekommen. Die Arbeiter war betriebig, und so haben auch hier die Streikenden ihre Wünsche im ganzen Betrieb durchgedrückt. Unmöglich konnten die Kollegen bei Martlet liegen gelassen werden; es wurde versucht, sie wieder zu einigen, was jedoch nicht mit sofortigem Erfolg gelang. In die Kollegen gelangte Briefe wurden dem Chef sofort ausgehändigt. Seit in letzter Stunde ist es gelungen, durch mündliche Verhandlung die Kollegen zusammenzuführen und zu einigen, jedoch auch sie nochmals vorstellig wurden. So wurde auch hier eine halbe Stunde Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnabzug sofort erreicht, die andere halbe Stunde soll am 1. Januar 1907 nachkommen. So ist diese Bewegung ein Erfolg begleitet gewesen, was aber nur dem entschlossenen Eintreten der einzelnen Kollegen, die selbst vor einer Arbeiter-niederlegung nicht zurückschrecken, zu danken ist, die allen

Zauderern entgegenzutreten und unermüdet für die Durchführung der Forderungen wirken. Zum Schluss wollen wir noch die Hoffnung ausdrücken, daß die Kollegen bei Windsch, angeleitet durch die Erfolge ihrer Kollegen, den Zehntendtag durchbrechen werden, damit sie nicht als die ältesten Sticker am Orte 11 Stunden arbeiten müssen.

**Grünberg.** Kollegen, rührt die Werbetrömel zwecks Gewinnung neuer Mitglieder für den Verband! Jetzt ist leider unter allen Bispeln Ruhe, weil seit vielen Jahren von Lohnbewegung in unserem Orte nichts zu verspüren gewesen ist. Aber die Kollegen werden aus unserem Fachblatt ersehen, daß sich überall die Textilarbeiter mit den Lohn- und Arbeitsverhältnissen ernsthafter befassen als wie bei uns. Und wie in allen anderen Textillorten, so sind auch bei uns tieftraurige Verhältnisse zu verzeichnen. So wird in verschiedenen Betrieben 11 und 12 Stunden gearbeitet. Daß diese Arbeitszeit eine zu lange ist, leuchtet doch jedem Arbeiter ein. Uebrigens: je kürzer die Arbeitszeit, desto höher der Lohn, und je länger die Arbeitszeit, desto niedriger der Lohn. So kommt es, daß die Hilfsarbeiter die Stunde mit 17—22 Pf. abgepeist werden. Das hindert doch nicht etwa Löhne für einen Familienvater, bei den teuren Lebensmittelpreisen, Mietpreisen usw. Aber auch in der Weberei sind verschiedene Mißstände zu verzeichnen, so z. B. das schlechte Material, die schlechte Führung usw. So wird die Minute 72 Touren machen, bis 20 Pf. pro Band weniger gezahlt. Für Vorrichtungen zahlte man früher 12 Pf., jetzt 8 Pf. pro Schnitt. Das Nutznutzen wurde früher beim Webstuhl mit 6 Pf. jeft wird es mit 5 Pf. pro 100 Faden bezahlt. Zulagen gab es bis 3 Band 50 Pf., bis 6 Band 25 Pf. und bis 9 Band 15 Pf., jetzt bis 3 Band 25 Pf., bis 6 Band 15 Pf. und bis 9 Band gibt es nichts mehr. Auch beklagen sich die Weber über zu schlechtes Material, und die Weberinnen bekommen in manchen Betrieben 20 Pf. pro Band weniger. Auch müssen dieselben das Baumholz bezahlen, und zwar mitunter 1,20 Mk. Es werden immer mehr Arbeiterinnen eingestellt, weil dieselben die billigste Arbeitskraft für die Unternehmer darstellen. Aber hier muß es höchste Zeit, daß auch wir uns einmal mit der Frage beschäftigen, wie unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern sind. Darum auf zur Agitation.

**Grünberg.** Das Mitglied Erdmann Hoffmann, St.-Nr. 171362, aus Grünberg, welches am 12. August von Grünberg ohne Abmeldung abgereist ist und in Guben bei dortigen Kassierer Meldeunterstützung erheben wollte, die ihm aber verweigert wurde, ist nun nach Grünberg zurückgekehrt. Hoffmann ist aus dem Verbande ausgeschieden und schimpft und heßt nun hier in äußerster Frechheit gegen denselben. Die Mitglieder werden ersucht, dem Hoffmann keinen Glauben zu schenken.

**Jahnsbach.** Am Freitag den 17. August, abends halb 9 Uhr, fand im Gasthaus zur „Leichmühle“ in Thum eine Gewerkschaftsversammlung der Textilarbeiter statt. Der Referent, Herr Albin Reiche, leitete aus dem Bericht, entlegte sich seines Auftrages, den hiesigen Textilarbeitern und Arbeiterinnen die Forderungen des Zentralagitationskomitees sächsischer Textilarbeiter und Arbeiterinnen vorzutragen, in der denkbar vollkommensten Weise. Dies erklärte der allgemeine Beifall am Schlusse des Referats. Sämtliche Diskussionsredner äußerten sich im Sinne des Referenten. Es wurde eine Resolution angenommen, wonach sich die Versammlung mit den vom Zentralagitationskomitee aufgestellten Forderungen einverstanden erklärte und in der die Anwesenden versprechen, durch Beitritt zur Organisation diese Forderungen aufs nachhaltigste zu unterstützen. Unter den ergeblichsten Arbeitern fängt es allmählich an zu dämmern. Wollen wir hoffen und wünschen, daß die einsetzende Bewegung von nachhaltiger Dauer sein möge. Ein wirklicher Erfolg in diesem schweren Ringen ist nur durch unermüdete und zähe Ausdauer im Kampfe zu erzielen.

**Kolbemoor.** Mittwoch den 15. August, abends 1/8 Uhr, fand im Vereinslokal eine öffentliche Textilarbeiterversammlung statt, in der Gauleiter Brüggemann über den Wert der Organisation für die Textilarbeiter referierte. Redner zeigte an der Hand reichen Materials, daß nur allein die freien Verbände es sind, welche voll und ganz für die Interessen der Arbeiter eintreten. Seine Worte wurden am Schlusse von den zahlreich Anwesenden mit großem Beifall Gehört. In der Diskussion schilderte dann Arbeiterssekretär Gehard die Kampfesweise unserer Christlichen, welche es durch ihre Ehrgeizigkeit schon soweit gebracht haben, daß man sich an den Staatsanwalt wenden mußte. Leider sind aber die beiden christlichen Führer vor der Diskussion verschwunden. In seinem Schlussworte forderte Brüggemann die Mitglieder auf, für den Verband fleißig und unermüdet zu agitieren und allen persönlichen Zant und Streit zu vermeiden. Samstag den 1. September findet in Brudmühl, Gasthaus Turmeier, abends 7 Uhr eine öffentliche Versammlung statt, und am Sonntag den 2. September, nachmittags 3 Uhr, in Kolbemoor eine Mitgliederversammlung. In beiden Versammlungen spricht Gauleiter Brüggemann. Es ist Pflicht der Mitglieder, vollständig zu erscheinen.

**M.-Glabbach.** Paradiesische Zustände scheinen in der Fabrik und Appretur von Joh. Stadel in Hardterbroich zu herrschen. Junge Burschen unter 14 Jahren werden über zehn Stunden beschäftigt, die von 14—16 Jahren bekommen sogar Schläge, wenn sie sich weigern, bis 12 Uhr abends zu arbeiten. Jugendliche Arbeiterinnen, welche laut Arbeitsordnung die ihnen zustehende Kaffeepause voll in Anspruch nehmen, erhalten die Kündigung. Diese Ausbeutung junger Arbeitskräfte ist von einem Arbeiter bei der Behörde angezeigt worden und sind nach Vernehmung der beteiligten Personen auch diesbezügliche Änderungen getroffen worden. Weiter möchten wir aber die Aufmerksamkeit der Fabrikinspektion auf verschiedene andere Mißstände in diesem Betrieb lenken. In der Bauarbeit ist keine der feuerpolizeilichen Vorschriften entsprechende Mauer vorhanden, sondern nur eine Bretterwand. Wird nun der Betrieb einmal inipiert, so verbleibt man die durch diese Bretterwand führende Tür mit Werkstücken, um so den Anschein zu erwecken, als sei dahinter überhaupt kein Arbeitsraum mehr vorhanden. Weiter ist im Betriebe keinerlei Signalvorrichtung angebracht. Die Abortverhältnisse werden uns ebenfalls als schauerhaft und ekelregend geschildert. Von Reinlichkeit keine Spur. Das Abflusssystem ist vollständig mit Schlamm und Wärmern durchsetzt. Die Abflusswässer des Betriebes werden direkt in den städtischen Hauptkanal geleitet. Kommt einmal Beschäftigung, so wird schnell der Abfluß durch einen Schieber in den eigenen Kanal gesichert. In einer am 6. d. M. abgehaltenen Belegtagssammlung wurde Stellung zu den oben genannten, wie diese Uebelstände zu beseitigen seien. Kollege Penkschütz übte eine derbe Kritik an den Mißständen, die nur vorhanden seien, wenn die Organisationsverhältnisse unter den Zeugdrudereien ganz miserabel sind. Die Löhne der verheirateten Leute schwanken zwischen 2,50 und 3 Mk. pro Tag, was doch unzureichend zur Ernährung einer Familie sei. Günstig über die Anwesenheit schloß sich der Organisation an. Hoffentlich kommt die große Zahl der noch Außenstehenden nach, sobald auch

für die Zeugdrudereiarbeiter M.-Glabbachs bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen geschaffen werden können.

**Milheim a. Rh.** Die Mitglieder des Deutschen Textilarbeiterverbandes der Firma Christoph Andrea zu Milheim am Rhein versuchten, durch gemeinsames Arbeiten mit den Kollegen im christlichen Verbands und den Weberverbänden eine Ausnutzung der guten Konjunktur zum Nutzen der Arbeiter zu ermöglichen. Es wurden mehrere Fabriksammlungen abgehalten. Abwesend wohnten diesen Versammlungen der Gauleiter Aug. Steinbrink aus Elberfeld und der Bezirksleiter H. Köhling aus Düsseldorf als Gäste bei. In diesen Besprechungen wurden die Wünsche der Arbeiter beraten und formuliert. In der vorigen Woche wurden dieselben von der gemeinsamen Kommission dem Chef der Firma und dessen Direktor unterbreitet. In den Unterhandlungen kam die Firma den Wünschen der Arbeiter entgegen. Es wurden verschiedene Lohnaufbesserungen erreicht und alle übrigen Punkte zur beiderseitigen Zufriedenheit geregelt. Die Forderungen waren aber auch so minimal, daß sie bewilligt werden konnten. Weitergehende Forderungen konnten bei den mangelhaften Organisationsverhältnissen und wegen des Vorhandenseins von drei verschiedenen Organisationsformen nicht aufgestellt werden. Diese ungeliebte Zersplitterung hängt der Arbeiterschaft wie ein Bleigewicht an den Füßen und läßt ein regeres gewerkschaftliches Leben, wie es nach den Verhältnissen notwendig wäre, nicht aufkommen. Einstweilen müssen wir noch mit der Tatsache des Bestehens der christlichen Organisation rechnen und werden in der nächsten Folgezeit auch noch öfter mit derselben zusammengehen müssen. Später werden sich die Arbeiter doch, unter Beiseiteziehung jedes konfessionellen und Parteihaders, in einer großen Organisation, nämlich im Deutschen Textilarbeiterverband, zusammenschließen. Dann werden auch ganze Erfolge erzielt werden. Durch die erwähnte Bewegung wurden viele Außenstehende dem Deutschen sowie dem christlichen Verband zugeführt. Die organisierten Arbeiter dürfen nicht eher ruhen, bis der letzte Mann organisiert ist.

**Offenbach.** Am 13. August hielt in einer Mitgliederversammlung Kollege Schneider einen Vortrag über: „Die Entwicklung der Industrie im Altertum und jetzt“. Kollege Sammler gab den Kartellbericht und den Saalbaubericht. Es wurde beschlossen, die nächste Versammlung als eine Generalversammlung einzuberufen und als ersten Punkt den Ausschluß des Kollegen D. Körner auf die Tagesordnung zu setzen. Ferner wurde beschlossen, in nächster Zeit eine Agitation im Kleinen zu betreiben, zu der die Kollegen und Kolleginnen jedes Betriebs eingeladen werden sollen. Unter anderem ermahnte der erste Vorsitzende die Kollegen, an unserem diesjährigen Herbstvergügen fleißig mitzuwirken, um es zu einem würdigen zu gestalten.

**Reichenbach i. Schl.** Zirkel ein Vierteljahr lang standen die Spinnerarbeiten der Betriebe von Rosenberger und Wegl u. Nassau in einer Lohnbewegung. Die mehrfachen Verhandlungen, welche zwischen den Unternehmern und den Kommissionen stattfanden, führten zu keinem die Arbeiterschaft zufriedenstellenden Resultat. Die Firma Rosenberger machte ihren Arbeitern nur ganz winzige Zugeständnisse, während die Firma Wegl u. Nassau erklärte, sie werde sich nach der größeren Firma Rosenberger richten. Die Einführung des Zehntendtages lehnten beide Firmen rundweg ab. Da die Löhne in den hiesigen Spinnereien ganz miserable sind, wurde das starrsinnige Verhalten der Arbeitgeber mit großer Entrüstung aufgenommen und am Dienstag den 7. August in einer Spinnerarbeiten-Versammlung der Beschluß gefaßt, die gewählten Kommissionen zu beauftragen, noch einmal bei den betreffenden Unternehmern vorstellig zu werden, und wenn dieselben auf ihrem hartnäckigen Standpunkte beharren und weitere Zugeständnisse nicht machen, einmal ganz energisch zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Als am Mittwoch der Arbeitersausch bei der Firma Rosenberger vorstellig wurde, lehnte Herr Rosenberger jedes weitere Zugeständnis sowie jede weitere Verhandlung ab. Am Donnerstag früh wurde der Arbeitersausch noch einmal vorstellig, wurde aber wieder rundweg abgewiesen. Es wurde ihm erklärt: „Wem es nicht paßt, der kann ja kündigen“, und wer zu den alten Bedingungen nicht arbeiten wollen, könne eventuell gleich gehen. Herr Rosenberger fügte aber dann hinzu, wer aber sofort gehe, mache sich kontraktbrüchig. Die Arbeiterschaft war nun über das Verhalten der Betriebsleitung so empört, daß ein Teil der Belegschaft der Aufforderung Folge leistete und die Arbeit sofort niederlegte. In einer Belegschaftsversammlung, welche noch am selben Nachmittag stattfand, wurde der Beschluß gefaßt, die Arbeit Freitag früh wieder aufzunehmen, wenn Herr Rosenberger sich zu weiteren Verhandlungen bereit erkläre und das Versprechen abgebe, niemand zu maßregeln. Was tat aber Herr Rosenberger? Er fragte die Kommission, ob sie wohl jetzt bitten kämen, daß die Leute wieder arbeiten könnten, denn von der Betriebsverwaltung seien sie abgerufen worden, mithin würden sie auch keine Unterstützung erhalten. Weiter wurde von der Betriebsleitung erklärt, die Belegschaft könne die Arbeit wieder aufnehmen, aber zu folgenden Bedingungen: Erstens müßte jeder Arbeiter in ein neues Arbeitsverhältnis eintreten und einzeln um Arbeit anfragen kommen. Weiter sollte jeder unterschreiben, daß er auf jede Forderung verzichtet und sich mit den alten Bedingungen einverstanden erklärt. Außerdem sollten aber 23 Arbeiter, welche auf der schwarzen Liste standen, nicht wieder eingestellt werden. Weiter sollte jeder Arbeiter unterschreiben, daß er sich von der Organisation, sowie von Frisch und Konjorken lossagt. Als von einem Kommissionsmitglied die Erklärung abgegeben wurde, daß man nicht bitten komme, sondern daß man nur die Forderungen der Arbeiter vertrete, und daß man unter den gestellten Bedingungen die Arbeit nicht aufnehmen werde, wurde die Liste derjenigen, die gemahnt werden sollten, bis auf einen reduziert. In den anderen Bedingungen wurde jedoch festgehalten, und die Betriebsleitung gab die Erklärung ab: „Und wenn 6 Monate gestreikt wird, von den noch bestehenden Bedingungen werden wir nicht abgehen.“ Als nun die Kommission der Arbeiterschaft, welche vollständig in der Nähe des Betriebes verammelt war, die gestellten Bedingungen bekannt gab, unter welchen die Arbeit aufgenommen werden sollte, war man allgemein entrüstet und entschloß sich einmütig, die Arbeit nicht eher aufzunehmen, bis Herr Rosenberger sich zu weiteren Verhandlungen bereit erkläre und weitere Zugeständnisse machen würde. Die Arbeiterschaft, welche schon zur Arbeit bereit war, machte hierauf wieder kehrt und marschierte geschlossen abgehaltenen Fabrikhof. In einer am Freitag nachmittags abgehaltenen Versammlung wurde dann beschlossen, den Herrn Gewerberat Töpfer um Vermittlung anzusuchen, zu der sich letzterer auch bereit erklärte. Am Sonnabend früh wurden dann auch Vermittlung des Gewerberates von Seiten der Firma Rosenberger folgende Zugeständnisse gemacht: Herr Rosenberger zahlte den Streikenden den vollen Lohn aus, welchen sie laut Fabrikordnung verdient haben. Zweitens erklärte er sich zu weiteren Verhandlungen bereit, wenn sämtliche Streikenden Montag früh geschlossenen die Arbeit aufnehmen. Auch erklärt er sich bereit, weitere Lohnerböhen zu lassen. Der Streikendtag wird momentan noch nicht eingeführt, doch erklärt sich

Herr Rosenberger bereit, denselben später einzuführen. In einer am Sonnabend nachmittags abgehaltenen Betriebsversammlung, in welcher Herr Gewerberat Töpfer über die Verhandlungen mit Herrn Rosenberger Bericht erstattete, wurde nach einer sehr lebhaften Diskussion mit 123 gegen 84 Stimmen der Beschluß gefaßt, nach den jetzt gemachten Zugeständnissen die Arbeit Montag früh um 7 Uhr (die Arbeitszeit beginnt um 6 1/2 Uhr) geschlossen wieder aufzunehmen. Punkt 7 Uhr ging Montag früh die Belegschaft in geschlossenem Zuge von der Langenbielauer Straße nach der Fabrik. — Kollegen und Kolleginnen, sorgt nun dafür, daß Herr Rosenberger gezwungen ist, sein Wort zu halten und daß wir nicht vielleicht Jahrzehnte lang auf die Einführung des Zehntendtages warten müssen. Ihr habt gesehen, daß das Unternehmertum mit geschlossener Masse rechnet; deshalb ist es Pflicht aller uns noch Fernstehenden, sich samt und sonders dem Deutschen Textilarbeiterverbande anzuschließen. Den Mitgliedern rufen wir zu: haltet fest und treu zur Organisation, damit wir nicht bei jeder Lohnbewegung erst wieder aufs neue organisieren müssen, sondern jederzeit in der Lage sind, dem Unternehmertum eine geschulte und geschlossenere Masse entgegenzustellen! Seid einig, einig, einig! Dann werden eure Ketten fallen.

**Rheine.** Es ist in letzter Zeit von einem gewissen Josef Potthoff hier in Rheine wie auch in Bocholt das Gerücht verbreitet worden, ich hätte Verbandsmarken aus Büchern entfernt und diese in andere Bücher eingeklebt. Ich hätte überhaupt den Verband seit 1901 in schmählicher Weise betrogen, ich sei ein Spitzbube usw. Potthoff war circa 4 Monate bei mir wohnhaft. Mich nun mit Menschen zweifelhaften Charakters auf öffentlicher Straße vor einer großen Volksmenge herumzuschlagen, halte ich unter meiner Würde. Da ich nun in Gegenwart unseres Gauleiters A. Steinbrink über den Stand der vorhandenen Werte abgerechnet, dem hiesigen Kassierer Hoffmann die sämtlichen Bücher der abgemeldeten sowie restierenden Mitglieder ausgehändigt habe, ich insoweit die mir zur Last gelegten Betrügereien als elende Erfindung bezeichnen kann, so fordere ich hiermit den Zentralvorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes auf, gegen mich das Strafverfahren wegen Betrugs eventuell Unterschlagung einzuleiten. Es wäre mir sehr sehr erwünscht, wenn die Sache beschleunigt wird, da in den Reihen der Christlichen hier wie in Bocholt die mir zur Last gelegten Beschuldigungen starke Verbreitung gefunden haben. Mit einer Reihe Zeugnisse werde ich dienen.

**Hochachtungsvoll**  
Joh. Essing  
früher Kassierer des Verbandes Deutscher Textilarbeiter und Arbeiterinnen der Filiale Bocholt.

NB. Ich will zu obigen Anschuldigungen noch erklären, daß der noch heute dort wohnende Unterkassierer Teichert sich einmal ein Verbandsbuch, aus dem verschiedene Marken sich losgelöst hatten, mit der Bitte überreichte, diese mittels Klebstoffes von neuem einzukleben. Alles andere bezeichne ich als ganz gemeine Verleumdung. Joh. Essing.

**Rheine.** Wir haben schon des öfteren an dieser Stelle über die Zustände bezw. Mißstände in den hiesigen Textilbetrieben berichtet. Besonders in den hiesigen Spinnereien wird, was schlechte Bezahlung und Behandlung anbelangt, Hervorragendes geleistet. Es ist bekannt, daß erwachsene männliche Arbeiter in diesen Eldorados für die allerschmückigste Arbeit 2,20 Mark bis höchstens 2,80 Mark Lohn pro Tag bei elfstündiger Arbeit erhalten. Aber auch die Behandlung läßt in diesen Betrieben meistens sehr zu wünschen übrig. Haben wir doch in Fabrikversammlungen nachgewiesen, daß bei einigen Firmen, z. B. bei W. Diltgen u. Co., bei Moritz Dessen usw., Arbeiter mißhandelt wurden, in einem Falle bei erstgenannter Firma derart, daß ärztliche Hilfe in Anspruch genommen werden mußte. Jetzt sind wieder neue Fälle von Mißhandlungen bei anderen Firmen zu verzeichnen. In einer Spinnerei in Mülfort so, wie uns mitgeteilt wurde, ein Arbeiter derart mißhandelt worden sein, daß er vom Arzney für nicht transportabel erklärt wurde. Auch in einer Spinnerei in der Dahlenr Straße wurde ein Mädchen von einem Meister geprügelt. In letztgenannter Fabrik hatte man den minderjährigen Arbeiterinnen die Lohnbücher nicht ausgehändigt, insoweit konnten dieselben ihren verdienten Lohn nicht berechnen. Als ein Vater endlich die Lohnbücher seiner beiden Töchter erhielt, stellte sich heraus, daß man die Arbeiterinnen zu niedrig entlohnte hatte. Die Sache wurde von der Firma als ein Irrtum ihrerseits dargestellt. Bei August Diltgen Söhne, Mülfort erhielten die Spinnerinnen bei Bedienung von zwei Maschinen ganzen Lohn. Jetzt, bei Bedienung von vier Maschinen, ist ihnen der Lohn um 15 Prozent gekürzt worden. An diesen Vorkommnissen sehen die Spinnerarbeiten, wie nötig für sie die Organisation ist.

**Rheine.** Wie die hiesigen Fabrikanten verstehen, jugendliche Arbeiter an sich zu locken, um dieselben jahrelang mit einem niedrigen Lohn abpeisen zu können, beweist folgender Vertrag, welcher zwischen einem Vater und der Firma J. P. Kuhlens Söhne abgeschlossen wurde.

**Vertrag.** Zwischen W. B. in D. und der Firma J. P. Kuhlens Söhne zu Rheine wurde heute folgender Vertrag abgeschlossen:

§ 1.  
W. B. gibt seine Tochter M. B. in den Dienst der Firma J. P. Kuhlens Söhne, damit dieselbe dort das mechanische Weben erlernt, und verpflichtet sich M. B. durch eigenhändige Unterzeichnung, der Firma J. P. Kuhlens Söhne seine Tochter nach erfolgter Ausbildung noch drei Jahre als Weberin zu überlassen bei vollständiger Verzichtleistung auf die gesetzliche Kündigungsfrist.

§ 2.  
Nach erfolgter Ausbildung soll M. B. zwei Stühle bedienen, auf welchen sie durchschnittlich 17 bis 24 Mark in zwölf Arbeitstagen verdienen kann, jedoch ist dieser Lohn für die ersten Wochen nicht maßgebend. Die Festsetzung der Beendigung der Lehrzeit bleibt der Firma J. P. Kuhlens Söhne überlassen. Vorstehende Abmachungen werden von sämtlichen Beteiligten genehmigt und eigenhändig unterschrieben. W. B. erhält eine gleichlautende Abschrift dieses Vertrages, während das Original im Besitze der Firma J. P. Kuhlens Söhne verbleibt. (Kopie Datum mit Unterschriften.) Ein Kommentar zu diesem Vertrag ist überflüssig.

**Weigelsdorf (Kreis Reichenbach).** Am Sonnabend den 12. August behandelte in einer Filialversammlung Geschäftsführer Schiller aus Langenbielau die Frage: Wie stellen sich die Mitglieder zu einer etwaigen Verschmelzung mit der Filiale Langenbielau? Redner legte den Mitgliedern klar, daß sie aus der Verschmelzung nur Vorteil ziehen könnten. Die Ausführungen des Kollegen Schiller waren den Mitgliedern einleuchtend und er erntete großen Beifall. Es wurde eine geheime Abstimmung vorgenommen, durch welche alle gegen zwei für die Verschmelzung erklärten. Es soll nun noch eine gemeinsame Sitzung der Verwaltungen Langenbielau und Weigelsdorfs stattfinden und dann die endgültige Regelung der Angelegenheit erfolgen. Kollege Schiller ermahnte noch die Versammelten, sich recht zahlreich an dem Stiftungsfest zu beteiligen.